

# Das große Bauernlegen

## Agrarinvestitionen und der Run auf's Land

Thomas Fritz



# Das große Bauernlegen

Agrarinvestitionen und der Run auf's Land

Thomas Fritz | FDCL (Berlin) | Dezember 2010

Herausgegeben von:

Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika

– FDCL e.V.

Gneisenaustraße 2a, D-10961 Berlin

Fon: +49 30 693 40 29 / Fax: +49 30 692 65 90

eMail: [info@fdcl.org](mailto:info@fdcl.org) / Internet: <http://www.fdcl.org>

Autor: Thomas Fritz

Verlag: FDCL-Verlag, Berlin

Layout: Mathias Hohmann

Druck: Flyeralarm, Würzburg

Titelfoto: Paraguay, Polizeieinsatz gegen landlose Kleinbauern, Diario *Ultima Hora*

Diese Publikation wird gefördert von der InWEnt gGmbH aus Mitteln des BMZ und durch die Europäische Union.

DISCLAIMER: Diese Publikation wurde produziert mit der Unterstützung der Europäischen Union. Der Inhalt der Publikation liegt in der alleinigen Verantwortung des Autors und kann in keiner Weise als Sichtweise der Europäischen Union angesehen werden.

Diese Publikation wird veröffentlicht im Rahmen des von der Europäischen Union geförderten Projekts 'Fairer Handel'. Das Projekt setzt sich ein für eine größere Kohärenz der Entwicklungs- und Handelspolitiken der Europäischen Union im Interesse von Gleichheit und nachhaltiger Entwicklung. Partnerorganisationen des Projektes sind: Ecologistas en Acción (Spanien), FDCL (Deutschland), Glopolis (Tschechische Republik), Protect the Future (Ungarn) und Transnational Institute (Niederlande). Der Inhalt der Publikation liegt in der alleinigen Verantwortung der Herausgeber.

© FDCL-Verlag, Berlin, 2010 | ISBN: 978-3-923020-51-5

# Das große Bauernlegen

## Agrarinvestitionen und der Run auf's Land

Thomas Fritz



Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL), Berlin  
**Dezember 2010**

# Inhalt

<b>1 Einleitung</b>	<b>3</b>
<b>2 Das Ende des Agro-Pessimismus</b>	<b>4</b>
2.1 Geld vom Feld: Ausländische Direktinvestitionen	5
<b>3 Der Land Rush</b>	<b>7</b>
3.1 Regierungen: Outsourcing des Ackerbaus	7
3.2 Finanzanleger: Spekulanten auf Landpartie	9
3.3 Acker im Depot: Ein Blick in die Fonds der Deutschen Bank	11
3.3.1. Cosan: Der schmutzige Zuckerbaron	11
3.3.2. Cresud und der Ökozid	12
3.3.3. Wilmar: Der brutale Palmölgigant	12
3.3.4. Khon Kaen Sugar Industry: Der protegierte Landräuber	13
3.3.5. Olam International: Der Betrug als Geschäft	14
3.4. Auf Abwegen: Entwicklungsbanken im Fondsgeschäft	15
3.5. Leere Versprechungen: Defizite der Agrarinvestitionen	16
<b>4 Sand oder Öl ins Getriebe: Was tun gegen Landraub?</b>	<b>18</b>
4.1 Schmiermittel und Placebos: Die offiziellen Antworten	18
4.2 Eine alternative Agenda	19
<b>5 Endnoten</b>	<b>23</b>

# 1 Einleitung

Die Jagd privater und staatlicher Investoren nach Agrarland im globalen Süden nimmt rasant zu. Angetrieben wird sie nicht nur durch die Nahrungsmittelkrise, den Klimawandel und die steigende Nachfrage nach Agrarrohstoffen, sondern auch durch das erwachende Interesse von Finanzinvestoren sowie einiger landarmer, aber kapitalkräftiger Regierungen. Über das Ausmaß dieser neuen Landnahme gibt es zwar keine verlässlichen Angaben, doch erste Abschätzungen lassen eine enorme Größenordnung vermuten. In ihrem jüngsten Bericht über das „wachsende globale Interesse an Farmland“ wertete die Weltbank diesbezügliche Medienberichte aus. Sie kommt zu dem Schluss, dass allein im Zeitraum Oktober 2008 bis August 2009 größere Landgeschäfte über eine Fläche von mindestens 46,6 Millionen Hektar angekündigt wurden.<sup>1</sup> Diese Fläche entspricht ungefähr dem Staatsgebiet Schwedens (45 Millionen Hektar).

Auch wenn unklar ist, wie viele dieser Projekte tatsächlich in der geplanten Größe realisiert werden, scheint es sich nicht um bloße Ankündigungen zu handeln. Nach der Weltbank-Untersuchung verfügten bereits über zwei Drittel der Projekte über eine offizielle Bewilligung. Über 30 Prozent davon waren schon mit vorbereitenden Arbeiten befasst und 21 Prozent produzierten bereits, wenn auch anfänglich auf kleineren Flächen als angekündigt. Nur 18 Prozent der bewilligten Agrarprojekte hatten noch nicht mit vorbereitenden Arbeiten begonnen.<sup>2</sup> Hinzu kommt, dass die Nachrichten über Landkäufe keineswegs abreißen. Vielmehr stehen mit den ersten Anzeichen der wirtschaftlichen Erholung nach der schweren Wirtschafts- und Finanzkrise nun immer mehr Gelder für Agrarinvestitionen zur Verfügung.

Zu den attraktiven Zielländern gehören dabei jene mit hoher Landverfügbarkeit, geringer Mechanisierung und schwacher Bodenregulierung. Investitionen finden vielfach dort statt, wo traditionelle LandnutzerInnen leicht verdrängt werden können, großflächige Monokulturen möglich sind und der Maschineneinsatz kurzfristige Produktivitätsgewinne verspricht. Die neue Landnahme birgt daher ganz erhebliche ökologische und soziale Risiken in den Anbauländern. Während das industrielle Produktionsmodell die Bodenfruchtbarkeit,

Wasserqualität und Biodiversität beeinträchtigt, droht KleinbäuerInnen, Indigenen und Hirten die beschleunigte Vertreibung. Dieses Risiko betrifft sowohl LandbewohnerInnen, die Eigentumstitel besitzen, als auch jene, die nur über unsichere Land- und Wassernutzungsrechte verfügen. Doch auch die Ernährungssicherheit von VerbraucherInnen steht zur Disposition, wenn wachsende Flächenanteile der Exportproduktion anheimfallen und damit das Risiko von Versorgungsengpässen auf den internen Lebensmittelmärkten steigt. Schließlich erhöhen die Bodengeschäfte die Gefahr gewaltvoller Konflikte um Land, Wasser und Nahrung.

Gleichwohl betrachten Institutionen der offiziellen Entwicklungspolitik die Agrarinvestitionen grundsätzlich als Chance, denn nun fließen wieder Mittel in die lange vernachlässigte Landwirtschaft des Südens. Die Risiken, so meinen sie, ließen sich durch Verhaltensrichtlinien, den Vertragsanbau oder die Landtitelvergabe verringern. Doch ist zu bezweifeln, dass derartige Maßnahmen genügen, um KleinbäuerInnen effektiv vor Verdrängung zu schützen, die ländliche Armut zu beseitigen und den Raubbau an der Natur einzudämmen. Denn die zunehmenden Landgeschäfte sind nur ein Element eines wesentlich umfassenderen Strukturwandels der Landwirtschaft des Südens nach dem Vorbild Europas oder Nordamerikas. Die kritische Frage aber ist, ob Entwicklungsländer einen solchen Strukturwandel, der in den Industriestaaten zu einer massiven Freisetzung der Bauernschaft führte, derzeit überhaupt verkraften können.

Die vorliegende Publikation beschreibt die neue Landnahme, deren treibende Kräfte, die Risiken für Mensch und Natur sowie Maßnahmen zur Eindämmung der zunehmenden Flächenkonkurrenz. Sie schildert dazu zunächst den verbreiteten Agropessimismus, der zu einer langjährigen Vernachlässigung der Landwirtschaft des Südens führte und nun aber einem regelrechten Agro-Boom zu weichen scheint (Kapitel 2). Anschließend widmet sie sich dem aktuellen *Land Rush*, seinen wesentlichen Akteuren – Regierungen, Unternehmen und Entwicklungsbanken – sowie den eklatanten Defiziten der Agrarinvestments. Dabei wird auch ein Blick in die Fonds der *Deutsche Bank*-Investmentgesell-



schaft DWS geworfen, die von einer ganzen Reihe der aggressivsten Landkäufer Aktien erworben haben (Kapitel 3). Abschließend kommen die Maßnahmen der offiziellen Entwicklungszusammenarbeit auf den Prüfstand, die dem Anspruch nach die

Risiken des Agroboms verringern sollen. Da diese jedoch kaum geeignet sind, Flächenkonkurrenz, Vertreibungen und ländlicher Armut Einhalt zu gebieten, wird ergänzend eine alternative Agenda politischer Interventionen skizziert (Kapitel 4).

## 2 Das Ende des Agro-Pessimismus

Die hohen Erwartungen der offiziellen Entwicklungspolitik an die neue Welle von Agrarinvestitionen entstehen vor dem Hintergrund, dass die Landwirtschaft der Länder des Südens in den vergangenen 30 Jahren erheblich vernachlässigt wurde. Regierungen fuhren den Anteil der Landwirtschaft an den öffentlichen Investitionen massiv zurück. Zwar vollzogen einzelne dieser Länder auch einen Strukturwandel, der die Bedeutung der Landwirtschaft zugunsten von Industrie und Dienstleistungen schrumpfen ließ, dies gilt jedoch nicht für die große Zahl der Staaten, vor allem in Subsahara-Afrika, in denen die Landwirtschaft auch heute noch eine bedeutende Rolle spielt.

In diesen stark agrarisch geprägten Ländern sank der Anteil der Agrarausgaben an den gesamten öffentlichen Ausgaben zwischen 1980 und 2004 von 6,9 auf 4 Prozent, obgleich auf die Landwirtschaft ein unverändert hoher Anteil am Bruttoinlandsprodukt von knapp 29 Prozent entfiel (siehe Tabelle 1). Anders verlief die Entwicklung vieler vor allem asiatischer Schwellenländer, in denen der Anteil der Landwirtschaft an der Wertschöpfung von 24,4 auf 15,6 Prozent des BIP sank. Zu Beginn ihrer Transformation verwendeten diese Länder jedoch weit höhere Anteile ihrer Budgets für die Landwirtschaft (14,3 Prozent in 1980). Selbst stärker urbanisierte

Länder gaben 1980 mit 8,1 Prozent ihrer gesamten öffentlichen Ausgaben noch mehr für die Landwirtschaft aus als die agrarisch geprägten Länder Afrikas. Gemeinsam ist all diesen drei Staatengruppen aber, dass in die Landwirtschaft – gemessen an ihrem Wertschöpfungsanteil – grundsätzlich nur vergleichsweise geringe öffentliche Mittel fließen.

Um diesen Trend umzukehren, verpflichteten sich im Jahr 2003 die Regierungen der Afrikanischen Union in der Maputo-Erklärung dazu, bis 2008 mindestens 10 Prozent ihrer nationalen Budgets in den Agrarbereich zu investieren. Der Erfolg blieb jedoch dürftig: Lediglich sieben der 53 afrikanischen Staaten erreichten dieses Ziel und fast ebenso viele senkten ihre Agrarausgaben sogar noch ab.<sup>3</sup>

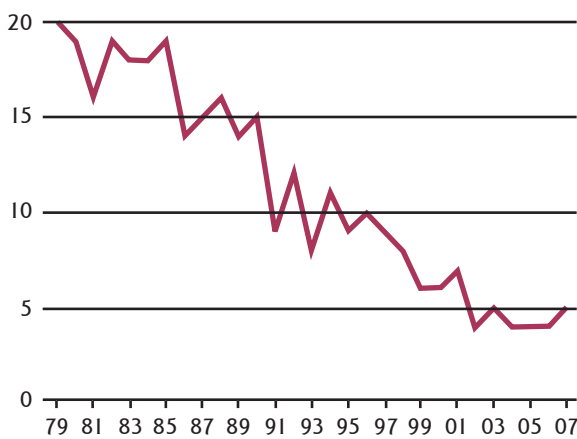
Noch markanter war die Vernachlässigung der Landwirtschaft durch die öffentliche Entwicklungshilfe. Obgleich weltweit drei Viertel der Armen auf dem Lande leben, sank der Anteil des Agrarsektors an der gesamten Entwicklungshilfe bilateraler und multilateraler Geber von knapp 20 Prozent im Jahr 1979 auf nur noch 3 Prozent im Jahr 2005 (siehe Grafik 1). Die Weltbank bemerkt in ihrem Weltentwicklungsbericht 2008: „Dieser Aufmerksamkeitsverlust für die Landwirtschaft ist umso frappierender, weil er vor dem Hintergrund steigender ländlicher Armut stattfand.“<sup>4</sup> Doch ist diese Feststellung eini-

**Tabelle 1: Öffentliche Ausgaben für die Landwirtschaft**

	Agrarische Länder		Transformierende Länder		Urbanisierte Länder	
	1980	2004	1980	2004	1980	2004
Anteil der Agrarausgaben an den Gesamtausgaben (in %)	6,9	4,0	14,3	7,0	8,1	2,7
Anteil der Landwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt BIP (in %)	28,8	28,9	24,4	15,6	14,4	10,2

Quelle: World Bank, World Development Report 2008

**Grafik 1: Landwirtschaftsanteil an offizieller Entwicklungshilfe in Prozent, 1979-2007**



Quelle: FAO, SOFI 2009

germaßen scheinheilig, da gerade die Weltbank eine treibende Kraft dieses Niedergangs war und ihre Agrarunterstützung besonders stark zurückfuhr.

Zu den wesentlichen Gründen des ruralen Niedergangs zählen die Strukturanpassungsprogramme von Weltbank und Internationalem Währungsfonds. Diese erzwangen nicht nur den Rückzug staatlicher Hilfen für die Landwirtschaft der Schuldnerländer, sondern auch die Markttöffnung für subventionierte Agrarprodukte aus den Industrieländern sowie die Umstellung vom lokalen Grundnahrungsmittelanbau zum Export tropischer *Cash Crops*. Unter der Fuchtel der internationalen Finanzinstitutionen wurden Agrarbanken geschlossen, Agrarberater abgezogen, Forschungseinrichtungen ausgetrocknet, Ernteankaufsprogramme eingestellt, öffentliche Getreidevorräte abgeschmolzen und die für einen Großteil dieser Leistungen zuständigen staatlichen Vermarktungsbehörden (*Marketing Boards*) geschlossen oder kaputt saniert.

Zum Versiegen der ländlichen Entwicklungshilfe trugen ebenfalls die seit Mitte der 1970er Jahre über drei Jahrzehnte andauernden Niedrigpreise für Agrargüter bei. Wesentliche Ursache der Preisdepression waren die enormen Produktivitätszuwächse der Intensivlandwirtschaft in Industrie- und einigen Entwicklungsländern, die zu Überschüssen führten, die auf den Weltmärkten landeten. Zusätzlich drückten die Agrarsubventionen der EU und der USA die Preise teils unter die Herstellungskosten und fegten damit die Erzeuger in den Importländern vom Markt.<sup>5</sup> Nicht ganz zu Unrecht erschien es den Entwicklungshilfegebern daher als aussichtsloses Unterfangen, in die Landwirtschaft zu investieren. Die Annahme war, dass viele Erzeuger der Billigkonkurrenz aus dem Norden ohnehin nicht standhalten würden. Insofern ist die Vernachlässigung der Landwirtschaft des

Südens auch eine Folge des skrupellosen nordamerikanischen und europäischen Merkantilismus, der bis heute auf Weltmarkteroberung durch die eigenen Agrarfabriken setzt.

Die Folgen für die Ernährungssicherheit sind verheerend: Wies die Agrarhandelsbilanz der Entwicklungsländer in den 1970er Jahren noch Überschüsse aus, sind heute, nach drei Jahrzehnten neoliberaler Strukturanpassung, zwei Drittel von ihnen Netto-Nahrungsmittelimporteure – eine bedrohliche Entwicklung angesichts steigender Lebensmittelpreise.<sup>6</sup> So stiegen bereits während des vergangenen Rohstoffbooms die Kosten für Lebensmittelimporte beträchtlich an. Allein für die Gruppe der 49 *Least Developed Countries* (LDC) erhöhten sich die Importrechnungen für Lebensmittel zwischen 2002 und 2008 von 9 auf 24 Milliarden US-Dollar.<sup>7</sup> Hinzu kommt, dass die steigenden Lebensmittelimporte nicht nur die Nachfrage nach inländischen Agrarprodukten schwächen, sondern auch die Entwicklung einer eigenen Lebensmittel verarbeitenden Industrie unterminieren.

Doch angesichts der weltweit steigenden Nachfrage nach Agrarprodukten und der zunehmenden Konkurrenz um knappe Ressourcen wie Wasser und Land scheint der von der Weltbank konstatierte „Agro-Pessimismus“ vergangener Jahre jetzt einem erneuerten Interesse an Ackerbau und Viehzucht zu weichen. Ausgehend von einem überaus niedrigen Niveau fließen nunmehr wieder vermehrt Mittel auf das Land.

So hat die offizielle Entwicklungshilfe für die Landwirtschaft in den letzten Jahren zumindest bei den absoluten Zahlen eine leichte Erholung erfahren. Nach Angaben der OECD belief sich die bilaterale und multilaterale Hilfe für den Agrarsektor 2003-04 noch auf 5 Milliarden US-Dollar und steigerte sich 2007-08 auf 7,2 Milliarden US-Dollar.<sup>8</sup> Auch die Weltbank stellt in ihrem jüngsten Bericht über das „wachsende globale Interesse an Farmland“ fest, dass der Rohstoffpreisboom 2007-08 zu „einer ‚Wiederentdeckung‘ des Agrarsektors durch verschiedene Arten von Investoren führte“.<sup>9</sup>

## 2.1. Geld vom Feld: Ausländische Direktinvestitionen

Die UN-Konferenz für Handel und Entwicklung UNCTAD konstatiert ebenfalls, dass „Landwirtschaft sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor eine neue Priorität erlangt“ habe.<sup>10</sup> Der

langjährige Trend schrumpfender ausländischer Direktinvestitionen (ADI) in die Agrarsektoren des Südens sei „in den letzten Jahren umgekehrt worden“.<sup>11</sup> Machten die ADI-Zuflüsse in die Land-/Forstwirtschaft und Fischerei der Entwicklungsländer 1989-91 noch durchschnittlich 600 Millionen US-Dollar pro Jahr aus, stiegen sie im Zeitraum 2005-07 auf drei Milliarden US-Dollar jährlich. Zwischen 1990 und 2007 erhöhte sich der ADI-Bestand in der Landwirtschaft der Entwicklungsländer von 4,6 auf 18 Milliarden US-Dollar.<sup>12</sup>

Die UNCTAD stellt darüber hinaus fest, dass es eine Reihe neuer Investoren gebe, die nunmehr beginnen, in die Landwirtschaft zu investieren. Hierzu gehören Staatsfonds, staatlich unterstützte Privatunternehmen, kleinere *Start-up-Companies*, *Private Equity*-Fonds sowie Großkonzerne verschiedenster Branchen, etwa aus dem Handels-, Transport- oder Energiesektor. Während ein treibendes Motiv der staatlichen Akteure die Versorgungssicherheit mit Agrarprodukten wie Lebensmitteln, Futtermitteln, Bioenergie oder nachwachsenden Rohstoffen sein kann, wittern die privatwirtschaftlichen Akteure vornehmlich lukrative Geschäftsmöglichkeiten. Sie treibt das Profitmotiv an.<sup>13</sup>

Die Wiederentdeckung der landwirtschaftlichen Primärproduktion durch transnationale Unternehmen ist bemerkenswert, da diese sich nach dem zweiten Weltkrieg aus diesem Segment stark zurückgezogen hatten. Bis dahin waren viele transnationale Unternehmen im Agrarsektor durch eine vertikale Integration geprägt, die die Lieferung tropischer *Cash Crops* wie Zucker, Bananen, Kaffee, Kakao oder Tee durch die Produktion auf großen eigenen Plantagen sicherstellte. Doch in der Nachkriegsära begannen die meisten Länder des Südens, von denen manche gerade unabhängig wurden, die Kontrolle über ihre natürlichen Ressourcen einschließlich des Landes zurückzugewinnen. In den 1960er- und 1970er Jahren kamen Nationalisierungswellen hinzu, in deren Zuge viele transnationale Unternehmen enteignet wurden. Nach Banken und Versicherungen war die Landwirtschaft am häufigsten von Enteignungen in Entwicklungsländern betroffen (272 Fälle von insgesamt 1369 Enteignungen zwischen 1960 und 1976). In Süd- und Ostasien fand fast die Hälfte der Enteignungen in der Landwirtschaft statt.<sup>14</sup>

Bis in die frühen 1980er Jahre hinein verschärfen viele Länder schließlich die Bestimmungen für Bodenbesitz von Ausländern, was die Möglichkei-

ten von Investitionen in die landwirtschaftliche Primärproduktion veränderte. Zwar haben langjährige Plantagenbetreiber dieses Produktionsmodell nicht gänzlich aufgeben, doch stellten viele transnationale Unternehmen die Lieferungen von Agrarprodukten seither nicht mehr durch Anbau auf eigenen Flächen sicher, sondern durch verschiedene Formen der Vertragslandwirtschaft. Im Vertragsanbau pflanzen KleinbäuerInnen auf eigenem Land *Cash Crops* für private Unternehmen. Häufig liefern diese Saatgut, Dünger, Spritzmittel oder Kredite, damit die BäuerInnen die Vorprodukte von ihnen kaufen können. Im Gegenzug nehmen die Firmen die Ernte ab, sollte diese ihren Anforderungen genügen. Besonders verbreitet ist der Vertragsanbau bei hochwertigen und leichter verderblichen Gütern, etwa Obst, Gemüse, Gewürzen, Tabak, Tee und organischen Produkten.

Die Zunahme des Vertragsanbaus ist jedoch nicht nur den Restriktionen beim Landbesitz geschuldet, sondern auch den verschärften Rentabilitätsanforderungen von Kapitalanlegern. Der Finanzsektor zwang die Agrarunternehmen, höhere Profitmargen zu erzielen, weswegen diese sich vielfach aus der direkten Agrarproduktion zurückzogen und auf die lukrativeren vor- und nachgelagerten Segmente der landwirtschaftlichen Wertschöpfungskette konzentrierten, sei es die Herstellung von Saatgut, Pestiziden und Landmaschinen oder Rohstoffhandel, Weiterverarbeitung und Vertrieb.

Transnationale Konzerne, die sich im Agrarsektor in Entwicklungsländern engagieren wollen, haben mithin grundsätzlich vier Möglichkeiten:<sup>15</sup>

1. Sie können Agrarprodukte auf Märkten des Südens einkaufen, sei es, um sie selbst zu verarbeiten oder mit ihnen Handel zu treiben.
2. Sie können indirekte Beziehungen mit LandwirtInnen oder Agrarunternehmen eingehen, indem sie a) landwirtschaftliche Inputs verkaufen oder in Lizenz vertreiben (Dünger, Pestizide, Saatgut, Maschinen) oder b) als Nachfrager von Agrarprodukten Qualitätsstandards vorgeben, die die ProduzentInnen einhalten müssen.
3. In Form der Vertragslandwirtschaft können sie direkte Lieferbeziehungen mit LandwirtInnen oder Agrarunternehmen eingehen, eine enge Kontrolle der Produktion ausüben sowie Beratung und landwirtschaftliche Inputs bereitstellen.
4. Durch ausländische Direktinvestitionen (etwa Unternehmensgründung, Kapitalbeteiligung



oder Übernahme) können sie schließlich selbst in die Agrarproduktion einsteigen und den Produktionsprozess ins eigene Unternehmen integrieren.

Eine direkte Verfügung über Agrarland geht zunächst nur mit der vierten Möglichkeit – den Direktinvestitionen – einher. Dabei können die Unternehmen das Land entweder selbst besitzen oder zupachten. Die zunehmenden Grundstücksgeschäfte sind insofern nur ein – wenn auch sehr markantes – Element eines wesentlich umfassenderen Trends der Wiederentdeckung der Landwirt-

schaft. Dieser zielt nicht nur auf die Verfügung über Ackerland ab, sondern auf eine umfassende Inwertsetzung der natürlichen Ressourcen von Entwicklungsländern, um mithilfe des industriellen Produktionsmodells die steigende Weltmarktnachfrage zu bedienen. Das *Land Grabbing* ist daher nur der sichtbarste Ausdruck eines forcierten Strukturwandels der Landwirtschaft des Südens nach dem Vorbild Europas und Nordamerikas. Da dieser in den Industrieländern aber zu einer massiven Freisetzung der Bauernschaft führte, stellt sich die Frage, ob Entwicklungsländer einem derart tiefgreifenden Strukturwandel bereits gewachsen sind.

## 3 Der Land Rush

### 3.1. Regierungen: Outsourcing des Ackerbaus

Zu den Akteuren der neuen Landnahme, die anfänglich große Aufmerksamkeit erregten, gehören Regierungen, die aufgrund von Land- und Süßwassermangel zunehmend auf Agrarimporte angewiesen sind, etwa die Golfstaaten, Ägypten, Libyen oder bevölkerungsreiche Schwellenländer wie China und Indien. Nach dem Preisboom von 2007-08 und den befristeten Exportstopps wichtiger Getreideproduzenten begannen sie verstärkt, Lebensmittel nicht nur auf dem Weltmarkt einzukaufen, sondern direkt in die ausländische Agrarproduktion zu investieren, um die eigene Versorgung sicherzustellen. Für dieses *Outsourcing* der Lebensmittelerzeugung liefern staatliche Banken oder Fonds das nötige Kapital, während Unternehmen im Auftrag ihrer Regierungen im Ausland die Agrarproduktion übernehmen.

Ein anschauliches Beispiel bietet der libysche Staatsfonds Libya Africa Investment Portfolio (LAP), der über seine Tochtergesellschaft in Mali, Malibya Agriculture, 100.000 Hektar in einem Teil des staatlich verwalteten Bewässerungsgebiets Office du Niger erhalten hat, um dort die bewässerte Fläche auszuweiten. Diese Region ist das wichtigste Reisanbaugebiet Malis und die Kornkammer des Landes. Grundlage des Deals ist ein bilaterales Regierungsabkommen zwischen Mali und Libyen, das jedoch nicht öffentlich zugänglich ist.<sup>16</sup> Mehr als 75.000 Menschen, zumeist Kleinbauern- und Hir-

tenfamilien, leben in dem für das Projekt ausgewiesenen Gebiet rund um die Ortschaft Macina, meist schon seit vielen Jahrzehnten. Das Land gehört dem Office du Niger. Doch die Menschen konnten sich darauf ansiedeln und ihre Dörfer errichten, weil es bisher noch nicht erschlossen worden war. Sie besitzen entsprechend weder Landtitel noch Gewohnheitsrechte, denn diese werden nur auf nicht registriertem Land gewährt. Die BäuerInnen kultivieren hier im Regenfeldbau meist Hirse, Mais, Erdnüsse, Kürbisse, Melonen und Gemüse

Eine Studie der deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GTZ enthüllt Details des Investitionsvertrags. Danach pachtet Malibya das Land für 50 Jahre, mit Verlängerungsmöglichkeit auf 99 Jahre. Der Vertrag sieht dezidiert die kostenlose Landüberlassung vor (*gratuité de la terre*). Außer Wassergebühren, die ohnehin alle VerbraucherInnen zahlen müssen, enthält der Vertrag keinerlei weitere Verpflichtungen für Malibya, weder hinsichtlich der Beschäftigung malischer Arbeitskräfte noch der Versorgung des malischen Marktes. Im Gegenteil: Für einen Teil der Infrastrukturarbeiten, die Malibya derzeit ausführen lässt, soll die malische Regierung aufkommen. Faktisch verschuldet sich Mali gegenüber dem libyschen Unternehmen. Ziel des Projekts ist die Ernährungssicherheit – doch nur die Libyens. Für die Versorgung des libyschen Marktes will Malibya Reis anbauen und Viehwirtschaft betreiben.<sup>17</sup> Das Unternehmen will hauptsächlich Hybridreis verwenden und hat dazu

einen Vertrag mit einem chinesischen Saatguthersteller unterzeichnet, mutmaßlich Yuang Longping High-Tech Agriculture, das führende auf Reis-Hybrid spezialisierte Unternehmen Chinas.<sup>18</sup>

Die Erschließung der Felder soll in Etappen von jeweils 25.000 Hektar erfolgen. In der ersten Etappe lässt das Unternehmen einen 40 Kilometer langen Bewässerungskanal und eine Straße von der chinesischen Firma CGC bauen. 150 Bauernfamilien mussten dem Projekt bereits weichen, ihre Häuser wurden zerstört, Felder und Dörfer geflutet. Nach Angaben des malischen Bauernverbands CNOP (*Coordination Nationale des Organisations Paysannes*) erhielt nicht einmal die Hälfte der Betroffenen Entschädigungen.<sup>19</sup> Ohnehin sieht der Investitionsvertrag keinerlei Entschädigungsverpflichtungen für *Malibya* vor. Dies ist alleinige Aufgabe des malischen Staates. Der Kanal und die Installationen des Unternehmens zerschneiden Weiderouten, die dortige PastoralistInnen für ihre Herden benötigen. Diese Routen waren zuvor nach langen Streitigkeiten zwischen Hirten- und ansässigen Bauernfamilien, deren Felder durch die Viehherden zertrampelt wurden, vereinbart worden. Der Konflikt mit den PastoralistInnen könnte daher wieder aufflammen. Auch über die örtlichen Wälder verfügt nun der Investor.<sup>20</sup>

Daneben fürchten die ebenfalls in dem Gebiet ansässigen ReisbäuerInnen, die in der Regel nur um die 3 Hektar bewirtschaften, dass *Malibyas* Projekt zu Wasserknappheit auf ihren Feldern führen wird. Diese Befürchtung scheint überaus berechtigt zu sein: Bezogen auf die Wasserzuteilungen forderte *Malibyas* Generaldirektor Abdjalil Youssef in einem Interview, dass „der *Office du Niger* unser Vorhaben bevorzugen sollte, weil es ein strategisches Projekt ist, das allen nützt.“ Ferner verlangte er nicht nur Befreiungen von den Wassergebühren, sondern auch von Steuern und Zöllen.<sup>21</sup> Ein Gutachten für die deutsche Kreditanstalt für Wiederaufbau KfW warnte bereits, dass die ambitionierten Ausbaupläne der malischen Regierung im *Office du Niger* „nicht machbar“ seien: „Das verfügbare Wasser wird fast vollständig von den derzeitigen Nutzern verbraucht.“<sup>22</sup> Durch die Ausweitung der Bewässerungsflächen droht also nicht nur eine weitere Zunahme von Landkonflikten mit KleinbäuerInnen und PastoralistInnen, sondern auch eine massive Verschärfung der Konkurrenz um Wasser.

Ein weiteres Beispiel liefert König Abdullah von Saudi-Arabien mit seiner Anfang 2009 verkündeten „Initiative für saudische Agrarinvestitionen in

Übersee“. Die saudische Regierung bietet ihren Unternehmen umfassende politische und finanzielle Unterstützung, um im Ausland für die saudische Lebensmittelversorgung Land erwerben und entwickeln zu können.<sup>23</sup> Dazu schließt sie mit ausgewählten Ländern bilaterale Abkommen, die Investitionssicherheit, Steuer- und Zollerleichterungen, garantierte Ernteaufnahmen sowie das Eigentum an Land oder langfristige Pachtverträge vorsehen. Zu bevorzugten Zielregionen gehören der Sudan, Äthiopien, Pakistan und die Philippinen.

Im Rahmen dieser Initiative erhielt das saudische Unternehmen *Hail Agricultural Development Company* HADCO für 48 Jahre einen Pachtvertrag über 9.000 Hektar im Nordsudan, um dort Weizen und Mais anzubauen. Der saudische Staatsfonds *Saudi Industrial Development Fund* übernimmt 60 Prozent der Projektkosten.<sup>24</sup> Weiterer Nutznießer dieser Initiative ist der saudische Milliardär Mohammed Al Amoudi, dessen Firma *Saudi Star Agricultural Development Plc* 10.000 Hektar im äthiopischen Bundesstaat Gambella pachtete und bereits Anträge auf weiteres Land in anderen Regionen Äthiopiens stellte. In Gambella erhielt *Saudi Star* nicht nur das Land zu Sonderkonditionen, sondern auch die staatlich verwalteten Wasserlieferungen aus einem Stausee.<sup>25</sup>

Chinesische Staatsunternehmen gehen weltweit ebenfalls immer mehr Landgeschäfte ein. Einer der Giganten des chinesischen Agrarsektors, die 2004 aus der Fusion mehrerer Unternehmen entstandene *China National Agricultural Development Group Corporation* (CNADC) beschäftigt 80.000 MitarbeiterInnen, davon 10.000 im Ausland. In 40 Ländern unterhält CNADC Niederlassungen mit eigener Produktionsstätten,<sup>26</sup> darunter eine 6.900 Hektar große Sisalplantage in Tansania<sup>27</sup>. Bei einem Brasilienbesuch im April 2010 verkündete CNADC-Direktor Zheng Qingzhi, der Konzern verhandle über den Kauf von Land, um in Brasilien Soja und Mais produzieren zu können.<sup>28</sup> Im gleichen Monat gab auch das Staatsunternehmen *Chongqing Grain Group* eine geplante Investition von 300 Millionen Dollar für den Kauf von 100.000 Hektar im brasilianischen Bundesstaat Bahia bekannt. Das Unternehmen aus der chinesischen Provinz Chongqing teilte daneben mit, dass 60 Prozent der Kosten durch die *China Development Bank* übernommen würden. Es sei auf der Suche nach einem lokalen Partner und plane die Produktion von jährlich 250.000 Tonnen Soja für den brasilianischen und chinesischen Markt.<sup>29</sup>

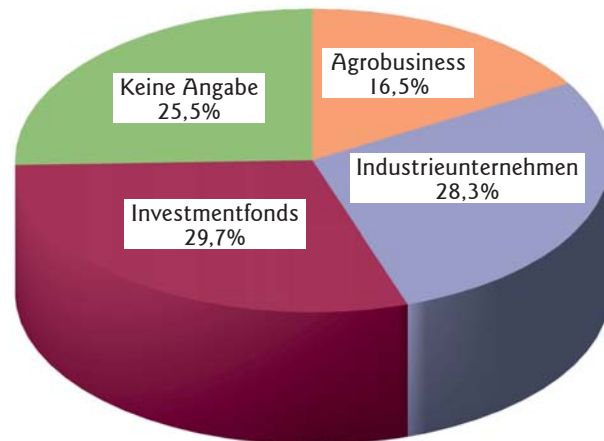
Eine bemerkenswerte Variante unternimmt die *Beidahuang Group*, ein Agrarrieso aus der Mandchurie, dem Brotkorb Chinas im Nordosten des Landes. Sitz der Gruppe ist Harbin, die Hauptstadt der Provinz Heilongjiang, in der sie gigantische 5,4 Millionen Hektar Land besitzt.<sup>30</sup> Das chinesische Staatsunternehmen unterzeichnete mit der südargentinischen Provinz Río Negro in Patagonien einen Rahmenvertrag, in dem die Provinzregierung sich dazu verpflichtet, patagonisches Weideland an argentinische Farmen zu verpachten, die dann für die Chinesen Soja, Weizen und Raps im Vertragsanbau produzieren. In dem auf 20 Jahre angelegten Projekt sorgt *Beidahuang* für die Urbarmachung und Bewässerung der Felder. Im ersten Schritt will der Konzern 20 Millionen Dollar für die Bewirtschaftung von 3.000 Hektar investieren; danach ist eine Ausweitung auf bis zu 320.000 Hektar geplant. Nach Auskunft des Gouverneurs von Río Negro, Miguel Saiz, streben die Chinesen eine langfristige Sicherheit der Lebensmittellieferungen an, die ihnen die argentinischen Großzeuger der sogenannten Saatpools (*pooles de siembra*) nicht hätten garantieren können.<sup>31</sup> Insofern scheint bei diesem Projekt nicht allein die Profitabilität, sondern vor allem die chinesische Versorgungssicherheit ein bedeutendes Motiv zu sein.

### 3.2. Finanzanleger: Spekulant auf Landpartie

Weit bedeutsamer indes als die staatlichen Akteure – d.h. staatliche Unternehmen, Banken oder Fonds – scheinen die privaten Investoren zu sein. Auf sie entfällt die große Masse der bisher dokumentierten Landgeschäfte.<sup>32</sup> Für sie ist nicht die Versorgungs- oder Ernährungssicherheit das treibende Motiv, sondern die verbesserte Profitaussicht im Agrarsektor angesichts steigender Nachfrage und zunehmender Konkurrenz um die knappen Ressourcen Wasser und Land. Die unter Wirtschaftsakteuren weit geteilte Erwartung eines kommenden Agrarbooms lässt sich auch daran ablesen, dass die große Mehrheit der Landinvestoren gar nicht aus der Agrarproduktion stammt.

Weltbank-MitarbeiterInnen analysierten 389 der Landprojekte, die in Medienberichten genannt wurden. Auch wenn die Pressebeiträge keine allzu verlässliche empirische Grundlage darstellen, liefert diese Analyse doch zumindest einige grobe Erkenntnisse. Demnach stammte mit 16,5 Prozent

Grafik 2: Herkunft der Landinvestoren

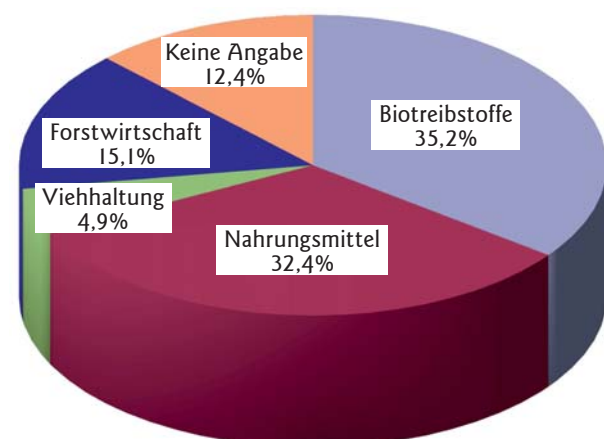


Quelle: Klaus Deininger, World Bank, Präsentation, 24.1.2010

nur eine Minderheit der Landinvestoren aus dem Agrobusiness (siehe Grafik 2). Weit größere Anteile entfielen jedoch auf Industrieunternehmen (28,2 Prozent) und Investmentfonds (29,8 Prozent).<sup>33</sup> Am auffälligsten ist zweifellos der hohe Anteil der Investmentfonds – ein in dieser Größenordnung gänzlich neues Phänomen. Bemerkenswert ist auch, wofür die Investoren ihre Ländereien nutzen wollen (Grafik 3): Die Mehrheit der erfassten Projekte dient der Produktion von Biotreibstoffen (35,2 Prozent), knapp gefolgt von Nahrungsmitteln mit 32,4 Prozent. Auch forstwirtschaftliche Projekte spielen mit rund 15 Prozent offenbar eine nicht zu vernachlässigende Rolle bei der neuen Landnahme.

Die OECD gab eine Studie bei der Unternehmensberatung *High Quest* in Auftrag, um die Investitionen von Fondsgesellschaften in Farmland und landwirtschaftliche Infrastruktur zu untersuchen. Das Interesse an Land als Vermögensklasse betrachten deren AutorInnen als ein noch junges

Grafik 3: Art der Landnutzung der Investitionen



Quelle: Klaus Deininger, World Bank, Präsentation, 24.1.2010

Phänomen, das in den vergangenen fünf Jahren substanziell zugenommen habe. Während der Untersuchung Anfang 2010 wurde jede Woche ein neuer derartiger Fonds angekündigt. Die AutorInnen identifizierten 54 private Finanzgesellschaften, die Kapital entweder einsammelten oder bereits in den Erwerb und das Management von Land investierten. Zusammen verfügten sie über ein geschätztes Vermögen von 14 Milliarden US-Dollar. FondsmanagerInnen und StudienautorInnen gehen davon aus, dass diese Anlagegelder sich in den kommenden Jahren verdoppeln oder verdreifachen und bis zu 42 Milliarden Dollar betragen werden. Die potenziellen Anlagemöglichkeiten schätzen sie gar noch höher ein. Angesichts der Landverfügbarkeit allein in Brasilien könnten in diesem Land 80 bis 140 Milliarden Dollar für den Bodenerwerb in den nächsten Jahren investiert werden.<sup>34</sup>

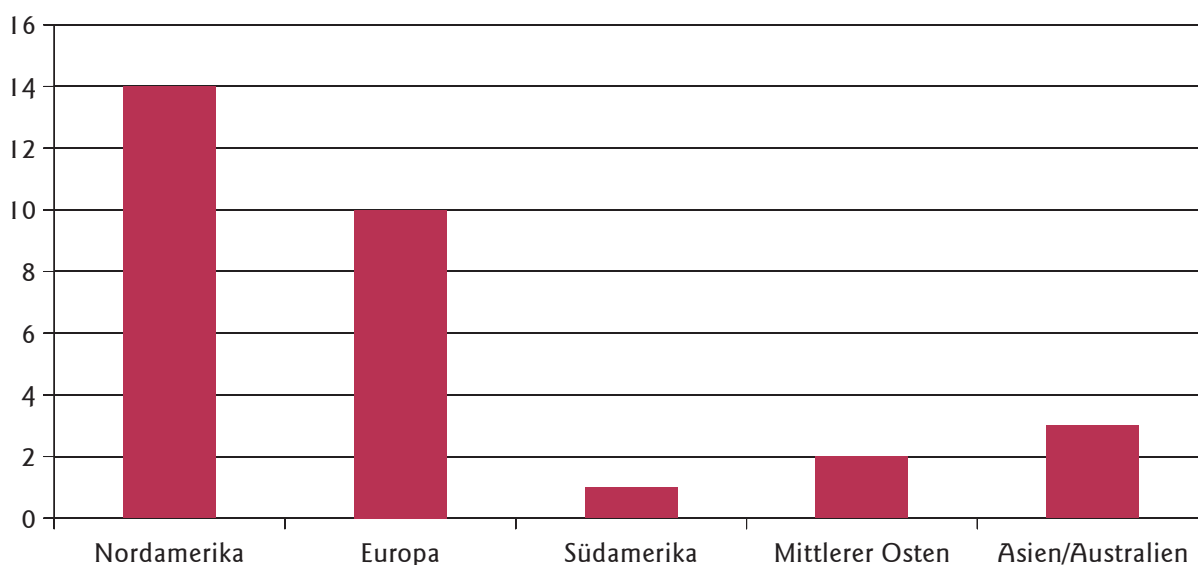
Zielländer der Finanzanleger waren bisher hauptsächlich reife Märkte wie Australien, Neuseeland, USA und Kanada; der Fokus habe sich in den letzten Jahren aber merklich Richtung Südamerika und Afrika verschoben. „Beide Regionen ziehen wachsende Beträge an Kapital an“, heißt es in dem OECD-Papier.<sup>35</sup> Ein Drittel der Fondsvehikel habe in brasilianisches Agrarland investiert. Mehrere Fondsmanager verwiesen zudem auf die wachsenden Investmentbeziehungen zwischen Brasilien und Afrika. Brasilianisches agrartechnologisches *Know-how* werde zunehmend für die Erschließung von Flächen in Afrika eingesetzt, wo die Bodenpreise erheblich günstiger seien.

Die Anlagegelder dieser Fonds stammen hauptsächlich aus Nordamerika und Europa (siehe Grafik 4). Waren die Finanziers traditionell eher Stiftungen, vermögende Einzelpersonen und Familien, treten in den letzten Jahren vermehrt Hedge Fonds, institutionelle Investoren sowie Pensionsfonds in Erscheinung. Agrarland ist für die Fondsgesellschaften vor allem deswegen attraktiv, weil es als inflationssichere Vermögensanlage gilt, die nur eine geringe Korrelation mit anderen Vermögensklassen aufweist. Verändern sich etwa die Preise von Aktien oder Anleihen, folgen die Landpreise solchen Tendenzen nur in vergleichsweise geringem Maße. Die Fonds versprechen den Investoren hohe Renditen auf ihr eingesetztes Kapital, meist zwischen 15 und 25 Prozent jährlich. Realisierbar erscheint ihnen dies aufgrund von drei Faktoren:

- die tendenziell steigenden Preise für Agrarprodukte,
- die Aufwertung von Agrarland,
- und die Erzielung von Extrarenditen, im Anlegerjargon auch „Alpha“ genannt.

Die über die allgemeine Aufwertung der Landpreise hinausgehenden Extrarenditen wollen Landfonds vor allem durch die industrielle Transformation des Ackerlandes und entsprechende Ertragssteigerungen erzielen.<sup>36</sup> Ihre Methoden umfassen die Zusammenlegung und Arrondierung von Parzellen, den Anbau von HochleistungsSaatgut, die intensive Anwendung agrochemischer Inputs (Dünger,

**Grafik 4: Anzahl der Investmentfonds nach Herkunft**



Quelle: HighQuest Partners/OECD 2010

Pestizide), den computergesteuerten Präzisionsackerbau und nicht zuletzt die sogenannte „pfluglose“ Bodenbearbeitung. Damit ist das Produktionsmodell des US-Agrarmultis Monsanto gemeint, das aufgrund der Direktaussaat zwar weniger Durchgänge mit dem Pflug ermöglicht, dafür aber extrem hohe Herbizidmengen erfordert.

Fonds haben verschiedene Möglichkeiten, in Agrarland zu investieren. Sie können zum einen Aktien börsennotierter Unternehmen erwerben, die selbst Land besitzen („Public Equity“-Fonds), zum anderen können sie Beteiligungen an landbesitzenden Unternehmen erwerben, die nicht an Börsen notiert sind („Private Equity“-Fonds). Schließlich haben sie auch die Möglichkeit, direkt in Farmen oder Agrarland zu investieren. Die Fonds operieren durchgängig über Briefkastenfirmen in Steuer- und Finanzoasen wie den britischen Kanalinseln, der City of London, Luxemburg oder der Schweiz. Deutsche Finanzdienstleister sind im internationalen Landgeschäft stark vertreten. Sie wenden die gesamte Palette von Strukturierungsmöglichkeiten an und operieren ebenfalls über Investmentvehikel in den Steueroasen.

### 3.3. Acker im Depot: Ein Blick in die Fonds der Deutschen Bank

Die Deutsche Bank hat über ihre Investmentgesellschaft DWS gleich eine ganze Reihe von Agrarfonds aufgelegt, die in Finanzoasen wie Luxemburg oder Singapur eingerichtet sind, darunter *DWS AgriX Garant 2013*, *DWS Global Equity Agribusiness*, *DWS Global Agribusiness*, *DWS Invest Global Agribusiness LC* und den *DWS World Agribusiness Mother Fund*.<sup>37</sup> Als Publikumsfonds investieren diese in die Aktien börsennotierter Agrarunternehmen, darunter zahlreiche der berühmtesten Landkäufer. Doch finden sich in weiteren DWS-Fonds noch mehr Firmen, die in Landkonflikte, Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen verwickelt sind. Um einen Eindruck zu vermitteln, werden fünf dieser Firmen nachfolgend geschildert.

#### 3.3.1. Cosan: Der schmutzige Zuckerbaron

Gleich mehrere DWS-Fonds investierten in *Cosan*, den Giganten unter den brasilianischen Zucker- und Ethanolfabrikanten.<sup>38</sup> Zuckerrohrfelder in der Größenordnung von mittlerweile 700.000 Hektar liefern

den Rohstoff für 23 konzerneigene Zuckerfabriken.<sup>39</sup> Aufgrund seiner Kenntnis des lukrativen Grundstücksmarkts gründete das an der *New York Stock Exchange* gelistete Unternehmen mit Hilfe internationaler Anlegergelder 2008 den eigenen Grundstücksfonds *Radar Propiedades Agrícolas*. In diesen wiederum investierte allein der US-amerikanische Pensionsfonds TIAA-CREF 150 Millionen US-Dollar.<sup>40</sup> Die *Cosan*-Tochter verfügt bereits über 80.000 Hektar und verhandelt dank weiterer Finanzspritzen zur Zeit über den Zukauf von 60 Großfarmen (*Fazendas*) mit einer Größe von 350.000 Hektar.<sup>41</sup> Im August 2010 schloss *Cosan* ein *Joint Venture* mit *Royal Dutch Shell*. Durch das Gemeinschaftsunternehmen soll einer der größten Ethanolhersteller der Welt entstehen, der dank *Shells* Vertriebsnetz nicht nur den brasilianischen, sondern auch den internationalen Markt mit Biokraftstoff beliefern kann.<sup>42</sup> Zugleich steigt der britisch-niederländische Ölmulti dadurch zum Großgrundbesitzer in Brasilien auf.

Doch *Cosan* symbolisiert auch die schmutzigen Seiten der Zuckerrohrindustrie. Im Frühjahr 2010 beschuldigte die Staatsanwaltschaft im brasilianischen Bundesstaat Mato Grosso do Sul *Cosan*, Zuckerrohr von der Fazenda Santa Claudina bezogen zu haben, welches diese illegal auf Land der indigenen Gruppe der Guarani-Kaiowá produzieren lies. Die brasilianische Indigenenbehörde FUNAI (*Fundação Nacional do Índio*) hatte dieses Land zuvor bereits zu indigenem Territorium erklärt und entsprechend demarkiert.<sup>43</sup> Den Guarani-Kaiowá sind schon große Teile ihrer Territorien geraubt worden. Sie sehen sich ständiger gewaltsamer Übergriffe durch die Sicherheitsdienste der Plantagenbetreiber ausgesetzt, die Soja oder Zuckerrohr auf den von ihnen reklamierten Gebieten kultivieren. Mehrere von ihnen wurden bereits von bewaffneten Milizen umgebracht, als sie sich etwa durch Landbesetzungen gegen ihre Verdrängung wehrten. Aufgrund der Landknappheit können die Guarani-Kaiowá sich häufig nicht ausreichend ernähren; mehrere Kinder starben bereits an Unterernährung. Die elenden Lebensbedingungen und die Perspektivlosigkeit trieben viele von ihnen in den Selbstmord.<sup>44</sup> Ambrósio Vilhalva, ein Mitglied der von *Cosan* betroffenen Gemeinschaft, klagt: „Unser Land wird immer kleiner. Die Plantagen töten unser Volk.“<sup>45</sup>

Aber auch die Arbeitsbedingungen auf *Cosans* Zuckerrohrfeldern lassen zu Wünschen übrig. Seit Anfang 2010 steht das Unternehmen neben 11 anderen auf der schwarzen Liste der Sklaven-



halter, die das brasilianische Arbeitsministerium alljährlich erstellt. Hintergrund ist, dass im Juni 2007 in Cosans Zuckerfabrik Junqueira im Bundesstaat São Paulo 42 Zwangsarbeiter befreit werden mussten.<sup>46</sup> Sklavenartige Beschäftigung ist auf den Zuckerrohrfeldern Brasiliens überaus verbreitet. Viele der Arbeiter sind Migranten aus den nördlichen Bundesstaaten, die von illegalen Arbeitsvermittlern (sogenannte *gatos*) angeworben und gegen hohes Entgelt in die Zuckerrohrzentren des Südens transportiert werden. Da sie für Unterkunft, Verpflegung und Arbeitsgeräte zahlen müssen, geraten immer wieder Arbeitsmigranten in Schuldknechtschaft bei den Arbeitgebern. Hinzu kommen ausbeuterische Arbeitsbedingungen, die wegen der extrem hohen Leistungsanforderungen, der überlangen Arbeitstage und dem mangelnden Arbeitsschutz zu zahlreichen Unfällen führen. Nachdem Cosan in die schwarze Liste des Ministeriums aufgenommen wurde, setzte die brasilianische Staatsbank BNDES (*Banco Nacional de Desenvolvimento Econômico e Social*) bereits vereinbarte Kreditzahlungen an das Unternehmen aus.<sup>47</sup> Die DWS hingegen ermöglicht es ihren AnlegerInnen, von Cosans Geschäftsmethoden zu profitieren – Landnahme und Sklavenarbeit inbegriffen.

### 3.3.2. Cresud und der Ökozid

Drei der DWS-Fonds halten ebenfalls Aktien der argentinischen Cresud S.A.<sup>48</sup>, die riesige Latifundien in Argentinien, Brasilien, Bolivien und Paraguay besitzt. Allein in Argentinien, Bolivien und Paraguay kontrolliert sie über 650.000 Hektar. Davon befinden sich 470.000 Hektar in Eigenbesitz, der Rest sind Konzessionen und Zupachtungen.<sup>49</sup> In Brasilien gründete Cresud zusammen mit weiteren Anlegern 2005 das Tochterunternehmen BrasilAgro S.A., in das ebenfalls mehrere DWS-Fonds investieren. Dieses expandiert vor allem in der neuen Agrarfront Brasiliens, der artenreichen Trockensavanne des Cerrado im Nordosten des Landes, wo die Grundstückspreise deutlich niedriger sind als im Süden. 175.000 Hektar hat es hier bereits erworben.<sup>50</sup>

Neben Viehwirtschaft und Getreideanbau, darunter vor allem genmanipulierte Soja und Mais, gehören Aufkauf und Entwicklung vermeintlich untergenutzten Landes zu den Schwerpunkten von Cresud. Die Soja wird im Produktionsmodell der Direktaussaat mit ihren hohen Herbizidmengen angebaut. Entsprechend gehört das Unternehmen zu den berüchtigtsten Umweltzerstörern Argenti-

niens. Im Norden des Landes in der Provinz Salta, wo sich die Monokulturen wie eine Epidemie ausbreiten, besitzt Cresud seine größten Flächen, darunter das Riesenanwesen Los Pozos mit 240.000 Hektar (dies entspricht der Größe des Saarlands) sowie eine 132.000 Hektar-Konzession im Besitz ihrer 100-prozentigen Tochtergesellschaft *Agropecuaria Anta*.<sup>51</sup>

Um die Grundstücke für Viehweiden und Ackerbau nutzen zu können, greifen Cresud und andere Großgrundbesitzer Saltas zu massiven Abholzungen der artenreichen Quebracho-Wälder – dies teils illegal, teils mit Rückendeckung von Provinzpolitikern, die ebenfalls im Agrobusiness tätig sind. Die Provinz erlangte traurige Berühmtheit, weil sie die mit Abstand größten Abholzungsraten Argentiniens aufweist, vor allem nachdem der Ex-Gouverneur Juan Carlos Romero die Abholzung einer halben Million Hektar autorisierte. Lokale Medien sprachen daraufhin von einem förmlichen „Ökozid“ in Salta.<sup>52</sup> Cresud führte die Liste der lokalen Abholzer an: Über 56.000 Hektar ließ der Konzern allein im Zeitraum 2004 bis 2007 einschlagen.<sup>53</sup> Leidtragende sind vor allem indigene Gruppen wie die Wichí, die den Wald zum Sammeln und Jagen nutzen. Die vordringende Agrarfront zerstört dabei nicht nur die Quebracho-Wälder, sondern unterminiert auch die traditionellen Landrechte der Indigenen, was der argentinische Ombudsmann (*Defensor del Pueblo de la Nación*) in einem diesbezüglichen Bericht bestätigte.<sup>54</sup>

### 3.3.3. Wilmar: Der brutale Palmölgigant

Mit Wilmar International lässt die DWS ihre AnlegerInnen an einem weiteren Skandalunternehmen mitverdienen.<sup>55</sup> Der in Singapur ansässige Konzern ist einer der größten Palmölverarbeiter und -händler der Welt, der die Palmfrüchte sowohl von eigenen Plantagen als auch im Vertragsanbau von KleinbäuerInnen sowie von Dritten bezieht. In Indonesien und Malaysia hat der Konzern auf eigenen Plantagen 235.000 Hektar mit Ölpalmen bepflanzt.<sup>56</sup> Doch seine schmutzigen Geschäftspraktiken führten dazu, dass die Weltbank nach jahrelangen Protesten von Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen im Jahr 2009 nicht nur ihre Kreditvergabe an Wilmar einstellen musste, sondern ihre weitere Unterstützung für den gesamten Ölpalmsektor bis zur Erarbeitung neuer Richtlinien für diese Branche aussetzte. Die Erarbeitung dieser Richtlinien dauert bisher noch an.

Nachdem Nichtregierungsorganisationen (NRO) mehrfach erfolglos die Unterstützung der Weltbanktochter IFC (*International Finance Corporation*) für *Wilmar* kritisierten, reichten mehrere von ihnen im April 2007 eine detaillierte Beschwerde bei der Ombudsstelle der IFC ein. Die IFC, spezialisiert auf Privatsektorfinanzierungen in Entwicklungsländern, hatte *Wilmar* mehrere Kredite und Investitionsgarantien gewährt. In ihrer Beschwerde werfen die NRO *Wilmar* eine lange Liste von Vergehen vor, darunter illegale Brandrodungen, die Abholzung von Primärwäldern, die besonders klimaschädliche Rodung von Torfböden, die Missachtung traditioneller Landrechte, die fehlende Konsultation von Indigenen, die Verweigerung von vereinbartem Ersatzland für Umsiedelte und nicht zuletzt gewaltsame Übergriffe durch Konzernangehörige und Sicherheitskräfte. Zu den zahlreichen Indigenen, die Opfer von *Wilmars* Plantagenexpansion wurden, gehören die Dayaks in der Provinz West-Kalimantan auf Borneo und die Minangkabau in der Provinz West-Sumatra.<sup>57</sup>

Das Audit der Ombudsstelle ließ lang auf sich warten, doch im Juni 2009 wurde es schließlich veröffentlicht. Das vernichtende Urteil bestätigte die Kritik der NRO: Die IFC hat mit ihrer Unterstützung für *Wilmar* massiv gegen die eigenen Sozial- und Umweltstandards verstoßen.<sup>58</sup> Aufgrund des öffentlichen Drucks sah sich Weltbank-Präsident Robert Zoellick schließlich genötigt, die Unterstützung für Palmölinvestitionen bis zur Erarbeitung der neuen Richtlinien auszusetzen.<sup>59</sup>

Derweil setzt die *Wilmar*-Gruppe ihre Expansion unbeirrt fort. In der indonesischen Provinz Papua bot ihr die Regierung 200.000 Hektar im Rahmen einer größeren landwirtschaftlichen Sonderwirtschaftszone – dem Merauke Integrated Food and Energy Estate MIFEE – an.<sup>60</sup> Insgesamt soll dieses Megaprojekt 1,6 Millionen Hektar umfassen und 8,6 Milliarden Dollar an Investitionen anlocken. Nicht zuletzt dank der Vergünstigungen der Sonderwirtschaftszone haben bereits über 30 Investoren aus Indonesien, Japan, China und dem Mittleren Osten ihr Interesse bekundet.<sup>61</sup> *Wilmar* selbst will hier Zuckerrohr anbauen und eine Verarbeitungsanlage errichten. Doch die ansässige Bevölkerung protestiert massiv gegen dieses Projekt. Aufgrund des Kampfs der Regierung gegen die papuanische Unabhängigkeitsbewegung ist die Region hochgradig militarisiert. Viele Papuas sind Opfer der Übergriffe durch die berüchtigte Sondereinheit des indonesischen Militärs Kopassus geworden. Ein jüngster Bericht

von *Human Rights Watch* dokumentierte die brutalen Foltermethoden der verdeckt operierenden Kopassus-Einheiten in Merauke.<sup>62</sup>

In einer Stellungnahme vor den Vereinten Nationen wies die indonesische Indigenen-Allianz AMAN darauf hin, dass das für das MIFEE-Projekt vorgesehene Gebiet zum Territorium der ethnischen Gruppe der Malind gehört. Die Malind und andere Ethnien leben vom Jagen und Sammeln von Sago, das sie aus den papuanischen Sagopalmen gewinnen. AMAN meint, dass diese Art von Agrarinvestitionen ohne die vorherige Zustimmung der Betroffenen nur zu weiteren „Zwangsvertreibungen und anderen Menschenrechtsverletzungen führen wird“.<sup>63</sup> Daneben fürchten Nichtregierungsorganisationen die Zunahme ethnischer Konflikte durch den staatlich geförderten Zustrom von MigrantInnen aus den dicht besiedelten Inseln wie Java und Bali. Das bereits von den niederländischen Kolonialherren begonnene und nach der Unabhängigkeit fortgesetzte Umsiedlungsprogramm *Transmigrasi* führte schon in der Vergangenheit zu zahlreichen Gewaltkonflikten in Sumatra, Kalimantan und Papua, da die staatlichen Unterstützungen für die MigrantInnen vielfach die lokale Bevölkerung diskriminierten.<sup>64</sup>

### 3.3.4. Khon Kaen Sugar Industry: Der protegierte Landräuber

DWS-Fonds halten ebenfalls Aktien der zur thailändischen *KSL Group* gehörenden *Khon Kaen Sugar Industry PLC*.<sup>65</sup> Im Jahr 2006 erhielt dieser Zuckerkonzern über Tochtergesellschaften im Nachbarland Kambodscha Konzessionen für jeweils 70 Jahre über ein Gebiet von nahezu 20.000 Hektar. Doch ein Bericht des UN-Repräsentanten für Menschenrechte in Kambodscha förderte die zahlreichen Rechtsverstöße zutage, die mit der Vergabe dieser Konzessionen einhergingen. So begann das Unternehmen schon mit der Rodung des Landes in der kambodschanischen Provinz Koh Kong, bevor die Verträge über die sogenannten *Economic Land Concessions* überhaupt unterzeichnet waren – ein Verstoß gegen kambodschanisches Recht. Dieses begrenzt ebenfalls die Größe von Konzessionen auf maximal 10.000 Hektar. *Khon Kaen Sugar Industry* aber umging diese Bestimmung, in dem die Tochterunternehmen zwei Konzessionsverträge unterzeichneten, die unmittelbar aneinander angrenzende Ländereien betreffen: Einer umfasst 9.400 Hektar, der andere 9.700 Hektar. Einer der

beiden Verträge wurde durch den einflussreichen kambodschanischen Geschäftsmann und Politiker Lu Yong Phat unterzeichnet.<sup>66</sup>

Ein Teil der betroffenen Ländereien wurde bereits seit 1979 von KleinbäuerInnen bewirtschaftet. Doch die Regierung vergab die Konzessionen, ohne dass es zuvor zu Konsultationen mit ihnen gekommen wäre. Reisfelder und Gemüsegärten von über 400 Familien wurden durch die anrückenden Bulldozer des Zuckerkonzerns planiert. Unbeirrt von zwischenzeitlichen Vermittlungsversuchen setzte das Unternehmen die Rodungen fort. Die Familien verloren auch den Zugang zu Wäldern und Weideland. Sicherheitskräfte beschlagnahmten oder erschossen das Vieh der BäuerInnen, das im Konzessionsgebiet weidete. Bei Protesten gegen die Zerstörung ihrer Häuser wurden zwei AnwohnerInnen durch Schüsse von Sicherheitskräften verletzt und mehrere zusammengeschlagen. Weil viele der Familien ihre Existenzgrundlage verloren, konnten sie die Kleinkredite, die sie zuvor aufgenommen hatten, nicht mehr zurückzahlen. Ihre Kinder konnten nicht mehr die Schule besuchen und mussten stattdessen für das Überleben der Familien arbeiten.

Die Bäuerin Eav Chean gehört zu den Betroffenen, die durch die Plantagen von *Khon Kaen Sugar Industry* ihre Existenzgrundlage verloren haben. Konnten sie und ihre Familie zuvor gut vom Anbau von Wassermelonen leben, sind sie seit dem Verlust ihrer Felder gezwungen, ihre Kühe zu verkaufen. Zwanzig besaßen sie, zwei erschossen die Landräuber, und siebzehn mussten sie bereits verkaufen. Zuletzt war nur noch eine Kuh verblieben. „Bald muss ich auch sie noch verkaufen. Und wenn die weg ist, haben wir gar nichts mehr“, klagt die Bäuerin.<sup>67</sup> Einige Betroffene, die ihr Land verloren, bekamen anschließend die Möglichkeit auf den Plantagen zu arbeiten, mussten zuvor aber auf alle Entschädigungsansprüche verzichten. Die Nichtregierungsorganisation *Bridges Across Borders Cambodia* berichtet, dass dieser Konflikt noch immer andauert und alle Versuche einer Lösung fehlgeschlagen seien: „Die Unternehmen, die die Konzessionen besitzen, fahren mit der Rodung des Landes fort und lokale BäuerInnen, die zuvor schon arm waren, sind ohne oder nur mit geringer Entschädigung vertrieben worden.“<sup>68</sup>

*Bridges Across Borders Cambodia* weist ferner auf die Mitverantwortung der europäischen Handelspolitik hin. Der Zucker, den *Khon Kaen Sugar Industry* in Kambodscha produziert, ist für den

EU-Markt bestimmt. Da Kambodscha zur Gruppe der *Least Developed Countries* gehört, kommen dortige Exporteure in der EU in den Genuss zollfreien Marktzugangs unter dem Allgemeinen Präferenzsystem.<sup>69</sup> Doch statt den Armen des Landes zu nützen, nähren die Handelspräferenzen die Expansion einer Plantagenindustrie, die mit massiven Menschenrechtsverletzungen einschließlich Landnahmen und Vertreibungen einhergeht. Die Zollvergünstigungen des Allgemeinen Präferenzsystems sind im Prinzip an die Einhaltung von 27 menschen- und arbeitsrechtlichen Konventionen und multilateralen Umweltabkommen gebunden. Bei schweren und systematischen Verstößen gegen diese Normen kann die EU die Handelsvergünstigungen temporär aussetzen.<sup>70</sup> Von dieser Möglichkeit aber hat sie niemals Gebrauch gemacht, obgleich Übergriffe wie die von *Khon Kaen Sugar Industry* in Kambodscha überhaupt kein Einzelfall sind, sondern systematisch erfolgen.

### **3.3.5. Olam International: Der Betrug als Geschäft**

Gleich vier DWS-Fonds haben mit *Olam International* ein weiteres Skandalunternehmen in ihre Portfolios aufgenommen.<sup>71</sup> Dieser global aktive Agrarhändler mit Sitz in Singapur folgt dem Beispiel vieler Handelsunternehmen und steigt massiv in die Agrarproduktion ein. Unter dem Motto „Going upstream“ investierte er in den vergangenen Jahren in die Landwirtschaft: Ölpalmen und Kautschuk in Westafrika, Mandeln in Australien, Kaffee in Laos, Reis in Nigeria und Mosambik, Erdnüsse und Soja in Argentinien, Milchfarmen in Uruguay und Holzkonzessionen in Gabun und Mosambik.<sup>72</sup> Gemeinsam mit *Wilmar* gründete *Olam* 2007 das Gemeinschaftsunternehmen *Nauvu Investments*, das in afrikanische Plantagen investiert. Im ersten Schritt erwarb das Gemeinschaftsunternehmen strategische Anteile an der in der Elfenbeinküste ansässigen *SIFCA Group*, die in Westafrika große Ölpalm-, Kautschuk- und Zuckerplantagen betreibt. In ihrer Pressemitteilung zeigen sich *Olam* und *Wilmar* überzeugt, „dass Afrika die nächste Front der Agrarproduktion ist“. Im Vergleich zu Asien seien die verfügbaren Landflächen wesentlich größer und die Kaufpreise, Arbeitskosten und Unternehmenssteuern deutlich niedriger. Hinzu kämen die Präferenzzölle für afrikanische Exporte nach Europa.<sup>73</sup>

Jüngster Coup *Olam*s ist ein *Joint Venture* mit der Republik Gabun, das im November 2010 bekannt

gegeben wurde. Doch die Konditionen dieses Vertrags verdeutlichen, dass sich die Plünderung Gabuns unverändert fortsetzen wird, dies auch unter dem jetzigen Präsidenten Ali Bongo, der 2009 die Nachfolge seines verstorbenen Vaters antrat. Sein Vater, Omar Bongo, war der am längsten amtierende Staatschef Afrikas (42 Jahre) und eine Symbolfigur für die andauernde Ausbeutung des Kontinents. In Kollaboration mit Konzernen der Ex-Kolonialmacht Frankreich bereicherte er sich bei der Plünderung der natürlichen Ressourcen Gabuns (vor allem Erdöl, Mangan und Holz), während die Bevölkerung in Armut darbt. Dieser Logik folgt nun auch das *Joint Venture* mit *Olam*. In dieses bringt der westafrikanische Staat eine Fläche von 300.000 Hektar ein, die der Konzern kostenlos nutzen kann, um darauf Ölpalmen und Kautschuk anzubauen. Für 16 Jahre ist *Olam* von der Einkommensteuer befreit. Mehrwertsteuern und Importzölle auf Maschinen, Treibstoffe und Dünger fallen ebenfalls weg.<sup>74</sup> Was dabei überhaupt in der Staatskasse hängen bleiben soll, ist rätselhaft. *Olam* indes bleibt sich treu. Häufig schon zeigte sich der Konzern unwillig, Steuern, Lizenzgebühren oder Zölle zu zahlen, so in Ghana, Mosambik und der Demokratischen Republik Kongo. In Ghana geriet er mehrfach wegen Steuer- und Zollbetrugs beim Handel mit Holz und Agrargütern ins Visier der Behörden. Die Betrugereien sollen zu erheblichen Einnahmeverlusten für die Staatskasse geführt haben.<sup>75</sup> In Mosambik wurden zu niedrige Reimportmengen *Olam*s deklariert, um Zollzahlungen einzusparen.<sup>76</sup>

Daneben ist *Olam* tief in den illegalen Holzhandel verstrickt. Nach Recherchen von Greenpeace erhielt der Konzern 2005 Einschlaglizenzen über 300.000 Hektar in der Demokratischen Republik Kongo, obgleich 2002 ein Moratorium auf die Vergabe derartiger Lizenzen verhängt worden war. Auch ließ er sich als Subunternehmer für den Holzeinschlag von anderen Firmen anheuern, was nach dem kongolesischen Forstgesetz verboten ist.<sup>77</sup> 2007 beschlagnahmten Behörden der DR Kongo Hölzer des Konzerns, da sie ohne gültige Erlaubnis eingeschlagen wurden und Steuern nicht gezahlt worden waren.<sup>78</sup> Auch in Mosambik werden *Olam* illegale Forstpraktiken vorgeworfen. In der Provinz Zambézia erhielt der Konzern 2005 zwei Konzessionen über 65.000 Hektar, in denen er anschließend eifrig Bäume für den Export nach China fällen ließ. Doch wäre ihm der Einschlag nur dann erlaubt gewesen, wenn er vor Ort auch Ver-

arbeitungsstätten geschaffen hätte. Diese fehlten jedoch drei Jahre nach der Konzessionsvergabe noch immer. Es wurde geschätzt, dass 90 Prozent seiner gefällten Bestände illegal seien.<sup>79</sup> Trotz des Sündenregisters aber kam *Olam* immer wieder in den Genuss der Entwicklungsfinanzierung: Die IFC und die Deutsche Entwicklungsgesellschaft DEG – eine Tochter der KfW-Bankengruppe – griffen dem Konzern mit Krediten unter die Arme.<sup>80</sup> Und nun dürfen auch DWS-AnlegerInnen an den Gewinnen dieses alles andere als sauberen Unternehmens mitverdienen.

### 3.4. Auf Abwegen: Entwicklungsbanken im Fondsgeschäft

Auch Entwicklungsbanken, die eigentlich der Armutsbekämpfung dienen sollten, steigen mittlerweile in das Fondsgeschäft ein, so die Weltbanktochter IFC (*International Finance Corporation*). Diese investierte 75 Millionen US-Dollar in einen Agrarfonds des britischen Hedge Fonds-Betreibers *Altima Partners*, der 2004 von der *Deutschen Bank* gegründet worden war.<sup>81</sup> *Altima Partners* verwaltete bereits einen Agrarfonds über 625 Millionen Dollar und konnte nun dank der IFC-Unterstützung einen weiteren auflegen, den *Altima One World Agriculture Development Fund*, registriert in der karibischen Finanzoase Cayman Islands.

Die IFC versucht ihrem Investment einen entwicklungspolitischen Anstrich zu geben, indem sie auf die jüngste Verschärfung der globalen Nahrungskrise verweist. Ihre Antwort auf diese Krise sei es, „die Nahrungsmittelproduktion durch Investitionen in produktives Farmland in Ländern mit hohem landwirtschaftlichem Potential auszuweiten“.<sup>82</sup> Die bevorzugten Zielländer ihrer Produktivitätsoffensive sind u.a. Argentinien, Brasilien, Uruguay, Kasachstan, Russland und die Ukraine.<sup>83</sup> Doch war auch bei der jüngsten Verschärfung der Nahrungskrise im Jahr 2008 nicht ein absoluter Mangel an Nahrungsmitteln ursächlich, sondern deren ungerechte Verteilung. Investitionen zur Vergrößerung des globalen Nahrungsmittelangebots, wie sie die IFC hier vornimmt, haben mit Hungerbekämpfung wenig zu tun.

Die Afrikanische Entwicklungsbank verkündete im Mai 2010 bereits ihre zweite Beteiligung an einem Agrarfonds, den *African Agriculture Fund* AAF mit einem angestrebten Zielkapital von 300



Millionen US-Dollar. Zu diesem steuert die Afrikanische Entwicklungsbank 40 Millionen Dollar bei. Dieser Fonds zielt auf Investitionen in die gesamte Wertschöpfungskette des Agrobusiness ab, unter anderem auch Palmplantagen.<sup>84</sup>

Mit ihren Beteiligungen an Agrarfonds, die ausschließlich in das Agrobusiness und große Plantagen investieren, fördern Entwicklungsbanken faktisch Landnahme, Bodenkonzentration und die weitere Marginalisierung verarmter KleinbäuerInnen und PastoralistInnen. Ihr entwicklungspolitisches Mandat, zu dem wesentlich die Beseitigung der Massenarmut gehört, verfehlen sie immer mehr. Stattdessen mutieren sie zu gewöhnlichen Wirtschaftsförderern ohne erkennbare Armutsorientierung. Ihr entwicklungspolitischer Anspruch wird damit immer unglaubwürdiger.

### **3.5. Leere Versprechungen: Defizite der Agrarinvestitionen**

Die Analyse der Agrarinvestitionen verdeutlicht die enormen Risiken für die Landbevölkerung in Entwicklungsländern. Über diese Risiken herrscht auch weitgehende Einigkeit bis hinein in die Kreise der internationalen Entwicklungsorganisationen, die derartige Investments selbst kräftig befördern. In Anlehnung an die Weltbank-Untersuchung über das „wachsende globale Interesse an Farmland“ lassen sich folgende Defizite der aktuellen Welle von Landgeschäften identifizieren<sup>85</sup>:

#### **Unklare institutionelle Zuständigkeiten bei Investitionsanträgen**

Welche Institution für die Bearbeitung und Bewilligung der Anträge von Landinvestoren zuständig ist, bleibt in vielen Ländern unklar. Mitunter existieren konkurrierende Zuständigkeiten etwa zwischen den – vielfach mit Entwicklungshilfe aufgebauten – Investitionsbehörden und verschiedenen Ministerien. Auch die Kompetenzen der verschiedenen Entscheidungsebenen – lokal, regional, zentralstaatlich – sind häufig nicht eindeutig definiert. Diese Unklarheit begünstigt Machtmissbrauch und Korruption, derer sich Investoren bedienen können, um an die begehrten Flächen zu kommen.

#### **Mangelnde Kapazitäten zur Durchsetzung von Standards**

Bei vielen landwirtschaftlichen Investitionspro-

jekten fehlen Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfungen, obgleich sie gesetzlich vorgeschrieben sind. Ebenso häufig fehlen Vertragsklauseln, die Investitions-, Beschäftigungs- und Steuerverpflichtungen der Investoren verbindlich definieren. Mitunter bleibt auch die Beschreibung der konkret geplanten Aktivitäten überaus vage, was die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit der Projekte behindert. Doch selbst wenn derartige Leistungsanforderungen sowie Sozial- und Umweltklauseln in den Verträgen enthalten sind, bleiben sie häufig zahllos. Denn in vielen der besonders attraktiven Zielländer sind die staatlichen Kapazitäten für ihre Implementierung und Kontrolle völlig unzureichend. Der Mangel klar definierter und überprüfbarer Auflagen erhöht schließlich das Risiko von Investitionsstreitigkeiten, wenn die Unternehmen – was häufig vorkommt – in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten, Bauarbeiten stocken oder Erwartungen nicht erfüllt werden. Versuchen Regierungen nachträglich Auflagen zu machen, riskieren sie Klagen durch die Firmen. Bestehen bilaterale Investitionsschutzabkommen mit dem Sitzland eines Investors, kann dieser vor eines der internationalen Schiedsgerichte für Investitionsstreitigkeiten ziehen. Die Entschädigungen, die diese Tribunale den Unternehmen zusprechen, übersteigen mitunter die ursprünglichen Investitionssummen.

#### **Unzureichende Beschreibungen der Grundstücke sowie deren Grenzen und Nutzer**

In sehr vielen Investitionsprojekten ist der rechtliche Status der übertragenen Grundstücke überaus umstritten. In vielen Fällen sind traditionelle Landrechte nicht registriert. Entsprechend existieren keine in Katastern eingetragene Landtitel. Und selbst wenn diese vorhanden sind, bestehen mitunter dennoch konkurrierende Ansprüche, etwa von Indigenen, HirtInnen, WanderfeldbäuerInnen und anderen traditionellen Nutzergruppen. Häufig sind auch die Grundstücksgrenzen nicht klar definiert, was zu ständigen Konflikten bei der Expansion von Plantagen führt. Durch Betrug oder Kompetenzüberschneidungen kommt es ebenfalls sehr oft zu Doppelvergaben von Grundstücken oder Überlappungen mit Flächen, die bereits andere BesitzerInnen oder NutzerInnen haben, so im Fall von Gemeinschaftsland wie Weiden und Wäldern. Insofern sind auch KleinbäuerInnen, die ihre Grundstücke registrieren ließen oder im Zuge



von Agrarreformen Landtitel erhielten, mitunter nicht gegen Landnahmen gefeit. Hinzu kommt das Risiko, dass Regierungen überragende Allgemeininteressen vorschützen können, um auch bereits registriertes und mit Eigentumstiteln versehenes Land an Investoren übertragen zu können. Auf Investoren wirkt die Rechtsunsicherheit jedoch keineswegs abschreckend. Viele interessieren sich gerade für Länder mit schwacher Staatlichkeit: „Dies weist darauf hin, dass eine geringe Anerkennung von Landrechten die Attraktivität eines Landes für Grundstücksakquisitionen erhöht“, meint gar die Weltbank.<sup>86</sup>

### **Keine oder nur geringe Zahlungen für das Land**

Die Kehrseite der Jagd nach Land ist der Standortwettbewerb um die Investitionen. Gerade Regierungen der Entwicklungsländer sind bereit, allerlei staatliche Vergünstigungen zu gewähren, um Investoren anzulocken: Steuerfreiheit, Zollfreiheit und Verzicht auf Pachtgebühren. Mitunter überlassen sie den Investoren das Staatsland völlig kostenfrei, in der Hoffnung es werde schon ausreichend investiert. Dies aber belastet nicht nur die Staatshaushalte, sondern begünstigt auch die Bodenspekulation. So liegen viele der übertragenen Flächen jahrelang ungenutzt brach, während den verdrängten VornutzerInnen der Landzugang verwehrt bleibt. Die kostenlosen Grundstücksvergaben und sonstigen Investitionsanreize sind auch sozialpolitisch kurzsichtig, da es aus Verteilungsgründen unabdingbar ist, privatwirtschaftliche Aktivitäten weit stärker in die Besteuerung einzubeziehen. Die freiwilligen Leistungen, mit denen sich viele Agrarinvestoren schmücken, etwa Schulen oder Gesundheitsposten, können kein Ersatz für obligatorische fiskalische Beiträge sein. Vielfach dient diese vermeintliche Philanthropie auch nur dazu, verpflichtende Abgaben abzuwehren.

### **Geringe Beschäftigungseffekte und Investitionen**

Die Versprechungen über Arbeitsplätze und physische Investitionen bleiben meist uneingelöst. Die Weltbank-Untersuchung macht überraschend deutlich, wie kläglich gerade der Beschäftigungseffekt der kommerziellen Agrarinvestitionen ausfällt. Zwar gebe es nur bruchstückhafte Daten, doch die verfügbaren Erkenntnisse würden darauf

hinweisen, „dass die Investitionen weit weniger Jobs schaffen als häufig erwartet wird.“<sup>87</sup> Die Spanne der zu erwartenden Arbeitsplatzgenerierung bewege sich zwischen 0,01 Jobs pro Hektar (im Fall einer 10.000 Hektar Maisplantage) und 0,35 Jobs pro Hektar (für eine Zuckerrohrplantage mit Vertragsanbau). Mithin kann auch die vielgepriesene Vertragslandwirtschaft offenbar nicht das strukturelle Beschäftigungsdefizit der meisten Entwicklungsländer verringern. Die familiäre Landwirtschaft hingegen, die nun durch Agrarinvestitionen verdrängt wird, ist weit beschäftigungsintensiver. 500 Millionen Familien in der Dritten Welt leben von Höfen mit einer Fläche von weniger als 2 Hektar, auch wenn sie – was heutzutage die Norm ist – ihr Einkommen durch Arbeit außerhalb des Hofes ergänzen müssen.<sup>88</sup> Ein bis zwei Hektar Land stellen in der Regel die wichtigste Einkommensgrundlage für mehr als vier Menschen dar. Hinsichtlich der Beschäftigungsintensität können weder Plantagen noch Vertragsanbau mit der familiären Landwirtschaft konkurrieren.

### **Mangelhafte Transparenz und Kriterien für Investitionsbewilligungen**

Die Investitionsverträge sind in der Regel nicht öffentlich zugänglich. Betroffene Gemeinden wissen daher nicht, was konkret geplant ist. Falls die Investoren vorherige Konsultationen mit ihnen durchführen, was nicht die Regel ist, bleiben die Informationen häufig unzureichend. Sind Gemeinden bei der Überlassung von Land zustimmungspflichtig, kommt es öfter zu Konflikten. Mitunter wird die Legitimität einzelner RepräsentantInnen, die stellvertretend für eine Gemeinde die Zustimmung für einen Landdeal gegeben haben, angezweifelt. Auch üben Investoren oder Regierungsvertreter immer wieder Druck auf lokale Gemeinden aus, um Einwilligungen in die Landüberlassung zu erhalten. Auf Regierungsseite fehlen oftmals klare Kriterien für die Selektion von Investitionen. Bewilligungsverfahren müssten auch nachvollziehbare Ausschlusskriterien beinhalten, etwa fehlende Beiträge zur nationalen Wertschöpfung, potenzielle Umweltbelastungen oder Gefährdungen der Ernährungssicherheit durch unbegrenzte Exporte. Da viele Investitionen intransparent und ohne solche Kriterien zustande kommen, können Betroffene die Legitimität derartiger Entscheidungen mit gutem Grund in Frage stellen.

# 4 Sand oder Öl ins Getriebe: Was tun gegen Landraub?

## 4.1. Schmiermittel und Placebos: Die offiziellen Antworten

Trotz der weit geteilten Risiko-Analyse betrachten die Institutionen der offiziellen Entwicklungspolitik die neue Welle von Landgeschäften grundsätzlich als Chance, da nun wieder Mittel in die lange vernachlässigte Landwirtschaft fließen. Die Risiken, so ihre Annahme, ließen sich durch Verhaltensrichtlinien, geschickte Vertragsverhandlungen, KleinbäuerInnen einbeziehende Geschäftsmodelle wie den Vertragsanbau sowie die Landtitelvergabe verringern. Dass diese Maßnahmen genügen, um die extreme ländliche Armut zu beseitigen, KleinbäuerInnen vor Verdrängung zu schützen und den Raubbau an der Natur einzudämmen, muss jedoch bezweifelt werden. Es bräuchte weit mehr, um der bäuerlichen Landwirtschaft das wirtschaftliche Überleben zu sichern. Die nun auf das Land strömenden kommerziellen Agrarinvestitionen sind sicher kein Ersatz für eine auf die Beseitigung der ländlichen Armut abzielende Politik.

So ist zum Beispiel fraglich, ob sich Unternehmen oder Regierungen an die derzeit diskutierten freiwilligen Instrumente wie Leitlinien oder Prinzipien gebunden fühlen werden. Auf breite Ablehnung von Nichtregierungsorganisationen (NRO) stießen die im Januar 2010 von Weltbank, FAO, IFAD und UNCTAD vorgestellten freiwilligen „Prinzipien für verantwortungsvolle Agrarinvestitionen“.<sup>89</sup> In einer gemeinsamen Erklärung von Nichtregierungsorganisationen, darunter das KleinbäuerInnen-Netzwerk *La Via Campesina*, heißt es, dass diese Prinzipien dazu dienen, „Land Grabbing zu legitimieren“, da sie die massenhafte Übertragung von Landrechten lediglich an einige schwache Kriterien wie die Entschädigung von Betroffenen knüpfen. Es handle sich im Grunde um „Prinzipien für sozial akzeptables Land Grabbing“.<sup>90</sup> In einer weiteren NRO-Erklärung wird auf das institutionelle Defizit dieser Initiative verwiesen, weil sie keinen Bezug zu verbindlichen Rechtsinstrumenten wie nationalen Regulierungen oder dem internationalen Menschenrecht herstelle.<sup>91</sup> Bei der Sitzung des jüngst reformierten Komitees für Welt-

ernährungssicherheit im Oktober 2010 in Rom erhielten diese Prinzipien einen herben Dämpfer, da sie nicht angenommen, sondern lediglich zur Kenntnis genommen wurden.<sup>92</sup> Einige Regierungen, ebenso wie NRO, kritisierten, dass das Konsultationsverfahren defizitär gewesen sei.<sup>93</sup>

Dagegen unterstützte das Welternährungskomitee die Fortsetzung des inklusiveren FAO-Projekts der Erarbeitung freiwilliger Leitlinien zu Land und anderen natürlichen Ressourcen (*Voluntary Guidelines on the Responsible Governance of Tenure of Land and Other Natural Resources*). An dem FAO-Konsultationsprozess beteiligen sich mehrere UN-Organisationen, die Weltbank, staatliche Entwicklungsagenturen und Nichtregierungsorganisationen, darunter auch Gruppen wie *La Via Campesina*. Laut eigenem Anspruch sollen diese Leitlinien einem menschenrechtsbasierten Ansatz folgen. Ein Blick in das Diskussionspapier, das deren künftige Elemente aus FAO-Sicht umreißt, zeigt aber, dass die Leitlinien dennoch der Logik der Landnahme verhaftet bleiben könnten. So sollen Regierungen „transparente Kriterien für die Identifizierung von Böden und natürlichen Ressourcen etablieren, die privatisiert werden können“. Ebenso sollen sie transparente Verfahren für den „Transfer des Eigentums an diesen Ressourcen“ und ein „förderliches Umfeld für den Privatsektor“ schaffen.<sup>94</sup> Ob es den beteiligten Nichtregierungsorganisationen gelingen wird, derlei Klauseln aus dem Dokument zu verbannen, bleibt abzuwarten. Ferner sind auch diese Leitlinien bisher als freiwillige Empfehlung und nicht als verbindliches Regelwerk konzipiert.

Fragwürdig ist daneben die Annahme, geschicktere Verhandlungen könnten zu vorteilhafteren Investitionsverträgen führen. So behaupten FAO und andere, dass Informationen und Rechtsberatung den Betroffenen von Investitionsprojekten zu „einem besseren Deal“ verhelfen würden.<sup>95</sup> Doch das enorme Machtgefälle zwischen BäuerInnen und Konzernen lässt sich nicht einfach durch geschicktere Verhandlungen überbrücken. Auf der einen Seite finden sich Familien, deren wesentliche

Einkommensquelle und einzige soziale Sicherung ihre Parzelle Land ist, auf der anderen Seite Unternehmen, die über Ressourcen, politische Rücken- deckung und Investitionsalternativen verfügen.

Nicht weniger problematisch erscheint die verbreitete Eloge auf den Vertragsanbau. Das IFPRI etwa meint, dank Vertragsanbau könnten auch KleinbäuerInnen von ausländischen Direktinvestitionen profitieren, ohne die Kontrolle über ihr Land zu verlieren – „ein win-win-Szenario für beide: lokale Gemeinschaften und ausländische Investoren“.<sup>96</sup> Die Erfahrungen mit diesen Modellen sind jedoch überaus durchwachsen. Viele KleinbäuerInnen gerieten in die Schuldenfalle, sei es nach einer schlechten Ernte oder weil sie den Qualitätsanforderungen der Firmen, für die sie liefern sollten, nicht genügen konnten. Manche verloren ihre Parzellen und endeten als ArbeiterInnen auf dem Land, das ihnen einst gehörte. Nicht selten gibt es einen fließenden Übergang von der Vertragslandwirtschaft zur Schuldknechtschaft, so etwa auf den Ölpalmplantagen in Indonesien. Über vier Millionen KleinbäuerInnen und ihre Familien leben dort vom Vertragsanbau von Ölpalmen auf eigenen Parzellen. Stets laufen sie dabei Gefahr, ihr Land, das sie an die Plantagenbetreiber gegen Kredite und Setzlinge verpfänden mussten, zu verlieren. Die indonesische Nichtregierungsorganisation *Sawit Watch* schreibt, dass „die BäuerInnen zu einem Leben in permanenter Verschuldung verdammt“ seien.<sup>97</sup>

Tatsächlich erweist sich der Vertragsanbau häufig nur als Zwischenschritt zur Konzentration. Viele VertragsbäuerInnen können weder dauerhaft die Anforderungen von Händlern und Supermärkten erfüllen, noch der Konkurrenz von Großfarmen standhalten: Sie werden aus dem Markt geworfen. Zwar verschafft die Vertragslandwirtschaft einzelnen Familien ein Einkommen, sie ist aber kein Allheilmittel für die Masse der ländlichen Armen. Dafür ist schon ihre geografische Reichweite zu beschränkt: Meist konzentriert sie sich in der Nähe großer Städte oder wichtiger Straßen und nutzt die besten Böden.<sup>98</sup> Aufgrund dieser Konzentration auf die Gunsträume erreicht die Vertragslandwirtschaft auch nicht die Masse der ländlichen Armen, die längst in unwirtliche Gebiete abgedrängt wurden: unwegsame Bergregionen, Überschwemmungs- oder Trockengebiete. Vertragsanbau ist in der Regel ein Minderheitenprojekt.

Überaus tückisch schließlich sind die zahlreichen Projekte internationaler Entwicklungsagenturen zur

Bodenregistrierung und Landtitelvergabe. Denn diese koppeln die Sicherheit des privaten Eigentumsrechts an Boden mit einer verschärften Unsicherheit des wirtschaftlichen Überlebens, dies vor allem durch die Förderung der kommerziellen Landwirtschaft, in der nur wenige KleinproduzentInnen mithalten können. In deutlicher Abkehr zu früheren Positionen anerkennt die Weltbank heute die Gewohnheitsrechte informeller LandnutzerInnen, betrachtet deren Schutz jedoch als Einstieg in die Weltmarktproduktion. KleinbäuerInnen sollen also durchaus Landtitel erhalten, solange deren „Übertragbarkeit“ an die „produktivsten Nutzer“ gewährleistet ist. Beschleunigen lasse sich dieser Konzentrationsprozess durch flexible Landmärkte, die zu niedrigen „Transaktionskosten“ Kauf und Pacht von Boden ermöglichen. In ihrem *World Development Report 2008* schreibt die Weltbank unverblümt, dass „Landmärkte (...) den Ausstieg aus der Landwirtschaft befördern“. Sie seien notwendig, „um die Migration raus aus der Landwirtschaft zu erleichtern“.<sup>99</sup>

## 4.2. Eine alternative Agenda

Die nun vermehrt auf das Land strömenden Direktinvestitionen zielen nicht nur auf die Verfügung über Land ab, sondern auf einen umfassenden Strukturwandel nach dem Vorbild der industriellen Landwirtschaft in den USA oder Europa. Dabei gibt es jedoch einen wichtigen Unterschied: Während in den Industriestaaten das „Höfesterben“ in der Nachkriegszeit mit neuen Beschäftigungsalternativen in Industrie und Dienstleistungen einherging, blieben diese Alternativen in Entwicklungsländern weit hinter dem Bedarf zurück. Selbst stärker industrialisierte Schwellenländer waren zu keinem Zeitpunkt in der Lage, hinreichende Beschäftigungsalternativen für die ländlichen Massen zu schaffen. Weder die Industrie noch die kommerzielle Landwirtschaft, weder die Plantagen noch der Vertragsanbau sorgten für ausreichende Einkommensmöglichkeiten, von Sozialsystemen ganz zu schweigen.<sup>100</sup>

Genau aus diesem Grunde ist die Verfügung über Land für die Masse der Armen völlig unverzichtbar. Die eigenen Parzellen sind die letzte Versicherung, falls alle anderen Erwerbsquellen versiegen. Aus diesem Grunde auch sind Entwicklungs- und Schwellenländer einem forcierten Strukturwandel der Landwirtschaft nach europäischen Vorbild sozialpolitisch nicht gewachsen. Unter den gegeb-

nen Bedingungen würden immer mehr Menschen in Slums oder Ungunsträume verdrängt. Die neue Welle von Agrarinvestitionen ist daher auch kein Substitut für die langjährige Vernachlässigung der Landwirtschaft. Sie ist vor allem kein Ersatz für eine gezielte Politik der Beseitigung ländlicher Armut. Denn was jetzt auf das Land fließt sind nicht günstige Mikrokredite, die der familiären Landwirtschaft zu einem dauerhaften Überleben verhelfen könnten, sondern große Summen von Anlagekapital auf der Suche nach maximalem Profit. Und dieser lässt sich am ehesten über Agrarfabriken, große Monokulturen und Mechanisierung erzielen, und nicht durch die Beschäftigung möglichst vieler Arbeitskräfte. Eine Beseitigung der wachsenden ländlichen Armut kann von dieser Art von Investitionen nicht ausgehen.

Soll die massenhafte Freisetzung der Bauernschaft durch die grassierenden Landgeschäfte vermieden werden, bedürfte es weit umfassenderer Maßnahmen als unverbindlicher Leitlinien. Der Finanzierungsbedarf für die Landwirtschaft müsste auf ganz andere Art gedeckt werden als durch die kommerziellen Investitionen, die Finanzanleger, das Agrobusiness und die Entwicklungsagenturen in trauter Eintracht propagieren. Es bedürfte einer alternativen Investitionsagenda, die nicht allein auf die Vergabe von Landtiteln setzt, sondern auf die Förderung der großen Masse von Kleinbetrieben, die in erster Linie für die lokale Ernährungssicherheit produzieren. Da die Triebkräfte der neuen Landnahme vielfältig sind, müsste eine solche alternative Investitionsagenda in ein breiteres Aktionsbündel eingebettet werden. Nachfolgend sollen daher einige Felder politischer Intervention skizziert werden:

### **Stärkung des Widerstands und Monitoring der Landgeschäfte**

Bezugspunkt jeglicher alternativen Agrarpolitik sollten die ländlichen Bewegungen sein, die sich gegen die zunehmende Landnahme zur Wehr setzen. Ihre erfolgreiche Selbstorganisation ist die Voraussetzung dafür, dass sie ihren Einfluss in der Agrar- und Landnutzungspolitik überhaupt zur Geltung bringen können. Sie darin zu unterstützen, gehört zu den wichtigen Elementen der Solidaritätsarbeit. Eine weitere wichtige Aufgabe, der sich bereits viele Menschenrechtsorganisationen und Solidaritätsgruppen widmen, besteht in der praktischen Unterstützung bei konkreten Landkonflikten. Um diese Aktivitäten zu verbreitern, kann es möglicherweise hilfreich sein,

ein systematischeres Monitoring geplanter Landgeschäfte in der Art eines Frühwarnsystems vorzunehmen. Dieses könnte dann dazu genutzt werden, den öffentlichen Druck auf Investoren in deren Herkunftsländern zu erhöhen, vor allem wenn deren Geschäfte mit Landnahmen, Vertreibungen und Umweltzerstörungen einhergehen.

### **Reform nationaler Investitionsverfahren**

Entwicklungsagenturen tragen eine Mitverantwortung für die intransparenten Verfahren bei den Landgeschäften, da viele Investitionsbehörden mit ihrer Hilfe aufgebaut worden sind. Doch haben sie dabei meist den Investorenwünschen ungebührlichen Vorrang vor öffentlichen Interessen eingeräumt. Diese Verfahren bedürfen daher umfassender Reformen und vor allem größerer Transparenz. Verträge müssen den Betroffenen zugänglich sein, um die möglichen Folgen abschätzen zu können. Daneben braucht es nachvollziehbare, demokratisch erarbeitete Kriterien für die Bewilligung oder Ablehnung von Projektanträgen. Ferner müssen die Agrarinvestoren verbindlichen Leistungsanforderungen unterworfen werden, die auch kontrolliert werden und bei Verstößen zu Sanktionen führen.

### **Kostengünstige Registrierung von Landnutzungsrechten**

Auch wenn eine Registrierung traditioneller Landnutzungsrechte keinen absoluten Schutz vor Verdrängung bietet, kann sie KleinbäuerInnen, PastoralistInnen oder Indigenen doch die Verteidigung ihrer Interessen im Fall von Investitionsbegehren erleichtern. Die Vergabe individueller Landtitel ist dabei nicht unbedingt zwingend; es können stattdessen auch gemeinschaftlich genutzte Territorien durch Gruppen angemeldet werden. Ein wesentliches Hindernis für ländliche Arme sind aber stets die Kosten dieser Verfahren. Die Förderung kostengünstiger Landregistrierungen ist daher eine wichtige Maßnahme, um das Kräfteverhältnis zumindest ein wenig zugunsten der Marginalisierten zu verschieben. Derartige Registrierungen müssten dabei vor allem für Frauen erleichtert werden, die beim Landbesitz stark diskriminiert sind.

### **Umverteilende Agrarreformen und armutsmindernde Investitionen**

Agrarreformen begünstigen häufig nur eine Minderheit bereits größerer Betriebe, die im internationalen Wettbewerb mithalten können. Um ländliche Armut

zu beseitigen, müsste deren Fokus dagegen auf der großen Masse kleiner Familienbetriebe liegen, die vielfach in Ungunsträumen produzieren. Umverteilende Agrarreformen müssten diesen nicht nur Zugang zu fruchtbarem Land, angepasstem Saatgut, Krediten und Beratung verschaffen, sondern auch für Vermarktungshilfen und die Stabilisierung von Erzeuger- und Verbraucherpreisen sorgen. Einen großen Teil dieser Aufgaben erfüllten einst staatliche Vermarktungsbehörden (*Marketing Boards*), die jedoch im Zuge von Strukturanpassungsprogrammen zerschlagen oder erheblich geschwächt wurden. Die Rehabilitierung derartiger Einrichtungen, ihre armutsorientierte Reform und demokratische Kontrolle (auch um Korruption zu vermeiden), könnte KleinbäuerInnen durch sichere Abnahme ihrer Ernten zu fixierten Mindestpreisen ein wirtschaftliches Überleben ermöglichen und VerbraucherInnen den Zugang zu günstigen Lebensmitteln garantieren. Ohne eine solche Preisstabilisierung aber werden kleinbäuerliche BesitzerInnen von Landtiteln diese über kurz oder lang nur an das Agrobusiness weiterreichen, weil sie dem Wettbewerb nicht standhalten können.

### **Alternative Handels- und Investitionsabkommen**

Die Marktöffnungsverpflichtungen der neoliberalen Handelsabkommen erleichtern dem internationalen Agrobusiness den Zugang zu knappen Ressourcen wie Wasser, Land und biologischer Vielfalt und heizen die Flächenkonkurrenz zusätzlich an. Bilaterale Investitionsschutzabkommen wiederum behindern Regulierungen der Agrarproduktion und umverteilende Agrarreformen, weil diese als direkte oder indirekte Enteignungen aufgefasst und durch Konzerne angreifbar werden können. Es bedürfte daher alternativer Handels- und Investitionsabkommen, die a) einen Außenschutz der Agrarmärkte und Preisstabilisierung ermöglichen, b) den Druck auf natürliche Ressourcen wie Wasser, Land und Artenvielfalt verringern und c) die Durchsetzung von Sozial- und Umweltstandards in der Agrarproduktion sowie umverteilende Agrarreformen fördern.

### **Anlegerkontrolle und Verbot schädlicher Finanzprodukte**

Die Kontrolle der Finanzanleger, die nun immer stärker auf den Agrarmarkt drängen, darf kein Tabu sein. Sie beanspruchen mit dem Land die Existenzgrundlage von Millionen Menschen als Geldanlage. Mit ihren hohen Renditeanforderungen beschleu-

nigen sie die Konzentration im Agrobusiness, die Expansion von Monokulturen und die Plünderung natürlicher Ressourcen. Dabei darf die Regulierung aber nicht bei freiwilligen Standards und Selbstkontrollen stehen bleiben, sondern muss das Verbot schädlicher Investitionen und Finanzanlagen einschließen. Denn Agrarfonds – das zeigte der Blick in die Portfolios der Deutschen Bank – investieren massiv in Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen. Überdies betreiben sie ihr schmutziges Geschäft über Briefkastenfirmen in Finanzoasen, die nichts anderem als Steuerbetrug, Geldwäsche und der Flucht vor der Finanzaufsicht dienen. Diese Oasen zu schließen, würde nicht nur die Anlegerkontrolle erleichtern, sondern auch einen Teil der schädlichen Investitionen beseitigen.

### **Entwicklungszusammenarbeit für kleinbäuerliche Landwirtschaft**

Nach der jahrzehntelangen Vernachlässigung der Landwirtschaft – und damit letztlich der Armutsbekämpfung – nehmen die Mittel der offiziellen Entwicklungshilfe für den Agrarbereich langsam wieder zu. Doch damit stellt sich umso mehr die Frage, wofür diese eigentlich verwendet werden. Entwicklungsbanken und -agenturen haben bisher einen viel zu starken Fokus auf die kommerzielle Landwirtschaft, Exportanbau und Weltmarktintegration gelegt und darüber das Los der großen Masse von KleinproduzentInnen in den Ungunsträumen vernachlässigt. Wenn sie statt Wirtschaftsförderung wieder einen Beitrag zu Armutsbekämpfung leisten wollten, müssten sie aber gerade bei den besonders marginalisierten Gruppen ansetzen und umverteilende Agrarreformen unterstützen. Ein Schritt in diese Richtung wäre es, Transparenz über die Mittelverwendung der Entwicklungsagenturen im Agrarbereich herzustellen. Dies sollte eigentlich selbstverständlich sein, weil es sich zu großen Teilen um Steuergelder handelt. Daneben wären Beteiligungen an Agrarfonds, die Agrobusiness und Landnahme finanzieren, einzustellen. Dies ist auch deswegen geboten, weil die Entwicklungsorganisationen – immerhin staatliche oder zwischenstaatliche Institutionen – mit dem Fondsgeschäft in die Finanzoasen eintauchen, und damit in einen Sumpf aus Steuerflucht und Geldwäsche.

### **Flächenkonkurrenz auf der Nachfrageseite verringern**

Ein zunehmend wichtiges Feld politischer Intervention stellen schließlich Maßnahmen zur Verminde-



rung der Flächenkonkurrenz auf der Nachfrageseite dar. Der Druck auf Land nimmt mit der wachsenden Weltbevölkerung, dem Boom der Biotreibstoffe und veränderten Ernährungsgewohnheiten unweigerlich zu. Doch nicht alle Nutzungszwecke sind wirklich notwendig oder sinnvoll. Ein beträchtlicher Teil der Nachfrage wäre grundsätzlich vermeidbar, was den Druck zur Erschließung von Ackerland und zur Rodung von Wäldern verringern könnte. Ein Moratorium auf die Nutzung von Biotreibstoffen wäre ebenso hilfreich wie eine Verminderung der tierbasierten Ernährung und damit des Futtermittelbedarfs. Wegen der ineffizienten Umwandlung pflanzlicher in tierischer Energie bei der Verfütterung von Getreide führt der Konsum von Fleisch- und Milchprodukten zu einer überproportionalen Flächenbelegung im Vergleich zu einer vornehmlich pflanzlichen Ernährung.

Weitgehend vernachlässigt sind daneben Maßnahmen zur Vermeidung der enormen Lebensmittelverschwendung über die gesamte Produktionskette der Ernährungswirtschaft: Ernte- und Nachernteverluste, Verschwendung durch ineffiziente Verarbeitung, Verderb wegen überlanger Transporte und unsachgemäßer Verpackung und Lagerung, unsinnige Qualitätskriterien der Supermärkte, die bereits Frischware aussondern, sowie irreführende Verfallsdaten, die VerbraucherInnen zum verfrühten Wegwerfen genießbarer Lebensmittel verleiten und letztlich nur den Absatz des Handels ankurbeln. Es wird geschätzt, dass durch diese Verschwendung die Hälfte aller Lebensmittel verloren geht.<sup>101</sup> Diese weitgehend vermeidbaren Verluste zu reduzieren, würde die Flächenkonkurrenz ebenfalls entschärfen.

# 5 Endnoten

- <sup>1</sup> World Bank, 'Rising Global Interest in Farmland. Can It Yield Sustainable and Equitable Benefits?', 7. September 2010.
- <sup>2</sup> Ebd., S. 36.
- <sup>3</sup> Action Aid, 'Five out of Ten? Assessing the AU's 10% budget target for agriculture', Juni 2009.
- <sup>4</sup> World Bank, *World Development Report 2008: Agriculture for Development*, Washington 2007.
- <sup>5</sup> Thomas Fritz, *Dem Weltmarkt misstrauen: Die Nahrungskrise nach dem Crash*, FDCL, Berlin 2008.
- <sup>6</sup> World Bank, 'Who Are the Net Food Importing Developing Countries?', Policy Research Working Paper 4457, Januar 2008.
- <sup>7</sup> UNCTAD, *The Least Developed Countries Report 2010: Towards a New International Development Architecture for LDCs*, New York/Genf 2010, S. 16.
- <sup>8</sup> OECD-DAC, 'Measuring Aid to Agriculture', April 2010. Da sich im selben Zeitraum die offizielle Entwicklungshilfe insgesamt erhöhte, ist der prozentuale Anteil der Landwirtschaft an der Entwicklungshilfe allerdings nur in geringem Maße auf 4 bis 5 Prozent angestiegen. Siehe: Global Donor Platform for Rural Development: <http://www.donorplatform.org/content/blogsection/4/126/>.
- <sup>9</sup> World Bank, 'Rising Global Interest in Farmland. Can It Yield Sustainable and Equitable Benefits?', 7. September 2010, S. 1.
- <sup>10</sup> UNCTAD, *World Investment Report 2009: Transnational Corporations, Agricultural Production and Development*, New York/Genf 2009, S. 103.
- <sup>11</sup> Ebd., S. 95.
- <sup>12</sup> Ebd., S. 112.
- <sup>13</sup> Ebd., S. 127ff.
- <sup>14</sup> Ebd., S. 105.
- <sup>15</sup> Ebd., S. 110.
- <sup>16</sup> Moussa Kondo, 'Signature de convention entre la Chine, la Libye et le Mali: En faveur du développement de notre pays', *Nouvel Horizon*, 3.11.2008.
- <sup>17</sup> GTZ, 'Foreign Direct Investment (FDI) in Land in Mali', Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, Eschborn, Dezember 2009.
- <sup>18</sup> GRAIN, 'Rice land grabs undermine food sovereignty in Africa', *Against the Grain*, Januar 2009.
- <sup>19</sup> Lamine Coulibaly/Boaventura Monjane, 'Libyan land grab of Mali's rice-producing land', *La Via Campesina*, 10.9.2009. Laetitia Clavreul, 'Terres arables: Le Mali au coeur des convoitises', *Le Monde*, Bilan Planète, 9.11.2009.
- <sup>20</sup> GTZ, 'Foreign Direct Investment (FDI) in Land in Mali', Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, Eschborn, Dezember 2009.
- <sup>21</sup> CH Sylla/Sékou Tamboura, 'Abdalillah Youssef, directeur général de Malibya à L'AUBE: Notre ambition pour le Mali', *L'aube*, 10.11.2008.
- <sup>22</sup> Nina Boschmann, 'Analyse préalable de l'impact sur la pauvreté (APIP), Coopération malienne-allemande, Irrigation N'Débougou III (2003 65 577) et Valorisation de potentiel agricole dans la zone de N'Débougou (2007 65 073)', Rapport de la Mission, Berlin, März 2008.
- <sup>23</sup> Ministry of Foreign Affairs, Kingdom of Saudi Arabia, 'Custodian of the Two Holy Mosques Receives Minister of Commerce and Industry', Pressemitteilung, 26.1.2009.
- <sup>24</sup> Souhail Karam, 'Hadco outlines food security plans', *Reuters*, 16.2.2009.
- <sup>25</sup> Wudineh Zenebre, 'Al Amoudi's hunt for arable land swells to half a million hectares', *Addis Fortune*, 14.9.2009.
- <sup>26</sup> Siehe: <http://www.cnadc.cn/English/ProfileCorporation/index.asp>
- <sup>27</sup> Siehe: <http://chinaagriculture-2286091.en.gongchang.com/>
- <sup>28</sup> Jamil Chade, 'China negocia terras para soja e milho no Brasil', *O Estado de São Paulo*, 27.4.2010.
- <sup>29</sup> 'Estatad da China quer produzir soja na Brasil', *O Estado de São Paulo*, 22.4.2010.
- <sup>30</sup> Siehe: <http://www.chinabdh.com/English/index.htm>
- <sup>31</sup> 'Saiz firmó con China para proveer alimentos por 20 años', *La Nación*, 25.10.2010.
- <sup>32</sup> Siehe etwa: GRAIN, 'The new farm owners – Corporate investors lead the rush for control over overseas farmland', *Against the Grain*, Oktober 2009.
- <sup>33</sup> Klaus Deininger, 'Large-scale land acquisition – What is happening and what can we do?', World Bank team (ARD, DEC, LEG, SDV), Präsentation, Land Day event, 24.1.2010, Rom, <http://www.donorplatform.org/content/view/332/210/>
- <sup>34</sup> HighQuest Partners, 'Private Financial Sector Investment in Farmland and Agricultural Infrastructure', OECD Food, Agriculture and Fisheries Working Papers, No. 33, OECD Publishing 2010.
- <sup>35</sup> Ebd., S. 13.
- <sup>36</sup> Ebd., S. 19.
- <sup>37</sup> FIAN Deutschland/Profundo, 'German investment funds involved in land grabbing', Draft, 25.10.2010, Köln/Amsterdam.
- <sup>38</sup> Darunter die DWS-Fonds: *DWS Global Agribusiness*, *DWS Invest BRIC Plus* und *DWS Invest New Resources*. Siehe: DWS, 'DWS Global, Semiannual Report 2010' sowie DWS, 'DWS Invest, Semiannual Report 2010'.
- <sup>39</sup> 'Cosan planeja captação externa de US\$ 300 milhões com bônus perpétuos', *Jornal Corporativo/Bloomberg*, 23.10.2010.
- <sup>40</sup> Lauro Veiga Filho, 'Terras – A Invasão Estrangeira', in: *Safrá, Revista do Agronegócio*, Janeiro 2010, S. 30-36.
- <sup>41</sup> Fabiana Batista, 'Cresce apetite da Radar por aquisição de terras', *Valor Econômico*, 4.11.2010.
- <sup>42</sup> Royal Dutch Shell, 'Shell and Cosan sign joint venture', Pressemitteilung, 25.8.2010.
- <sup>43</sup> 'BNDES financia usinas que compram cana ilegal de áreas indígenas, diz MPF', *Última Instância*, 11.5.2010. Ministério Público Federal, Procuradoria da República

no Estado de Mato Grosso do Sul, 'Nota de esclarecimento', 17.5.2010.

<sup>44</sup> FIAN Internacional, 'Os Agrocombustíveis no Brasil', Heidelberg 2008, S. 48f.

<sup>45</sup> Survival International, 'Shell envolvida em disputa por apropriação de terra indígena no Brasil', 29.9.2010.

<sup>46</sup> Angela Pinho/Eduardo Scolese, 'Ministério inclui Cosan na 'lista suja' do trabalho escravo', *Folha de São Paulo*, 1.1.2010.

<sup>47</sup> Cirilo Junior, 'Trabalho escravo faz BNDES suspender empréstimos à Cosan', *Folha de São Paulo*, 7.1.2010.

<sup>48</sup> Siehe: FIAN Deutschland/Profundo, 'German investment funds involved in land grabbing', Draft, 25.10.2010, Köln/Amsterdam.

<sup>49</sup> Cresud, 'Memoria y Estados Contables', 30.6.2010.

<sup>50</sup> BrasilAgro, 'Divulgação de Resultados – Trimestre findo em 30 de setembro de 2010', São Paulo, 29.10.2010.

<sup>51</sup> Cresud, 'Memoria y Estados Contables', 30.6.2010.

<sup>52</sup> Miguel Bonasso, 'Un ecocida llamado Romero', *Crítica de la Argentina*, 6.3.2008, S. 24-25.

<sup>53</sup> Andrés Leake/María de Eónomo, *La deforestación de Salta 2004-2007*, Fundación Asociana, Salta 2008.

<sup>54</sup> Defensor del Pueblo de la Nación, 'Deforestación en la Provincia de Salta – Consecuencias Biológicas y Sociales', Informe Especial, 2009.

<sup>55</sup> Sowohl der *DWS AgriX Garant 2013* als auch der *DWS Invest Chinese Equities* beteiligten sich an *Wilmar*. Siehe: FIAN Deutschland/Profundo, 'German investment funds involved in land grabbing', Draft, 25.10.2010, Köln/Amsterdam. Sowie: DWS, 'DWS Invest, Semiannual Report 2010'.

<sup>56</sup> Siehe: [http://www.wilmar-international.com/business\\_plantations.htm](http://www.wilmar-international.com/business_plantations.htm)

<sup>57</sup> Forest Peoples Programme/Sawit Watch et al., 'Procedural irregularities and standards violations in IFC support for Wilmar Trading', Brief an die IFC Compliance Advisors Ombudspersons vom 18.7.2007.

<sup>58</sup> Compliance Advisor/Ombudsman, CAO Audit of IFC, Audit Report, C-I-R6-Y08-F096, 19.6.2009.

<sup>59</sup> Markus Colchester, 'Palm oil and indigenous peoples in South East Asia', Draft, Forest Peoples Programme, 2010.

<sup>60</sup> 'Wilmar Secures 200,000 Hectares of Land in Merauke Food Estate for Sugar Plant', *Indonesia Today*, 2.9.2010.

<sup>61</sup> TAPOL/Down to Earth, 'Journalist's death overshadows launch of Papua food project', Pressemitteilung, 11.8.2010.

<sup>62</sup> Human Rights Watch, "What Did I Do Wrong?" – *Papuans in Merauke Face Abuses by Indonesian Special Forces*, New York 2009.

<sup>63</sup> AMAN, Statement on Agenda Item 4: Human Rights (9<sup>th</sup> UNPFII), 29.4.2010, [www.indigenousportal.com](http://www.indigenousportal.com)

<sup>64</sup> 'Indonesia: Agriculture expansion plan under fire', *IRIN*, 26.3.2010.

<sup>65</sup> Siehe etwa: DWS, 'DWS Invest, Semiannual Report 2010'.

<sup>66</sup> United Nations Cambodia Office of the High Commissioner for Human Rights, Special Representative of the Secretary-General for human rights in Cambodia, 'Economic land concessions in Cambodia – A human rights perspective', Phnom Penh, Juni 2007.

<sup>67</sup> Thomas Reutter, 'Brutale Landnahme – Wie sich DWS-Fonds der Deutschen Bank am 'Land Grabbing' beteiligen', *Südwestrundfunk*, Report Mainz, 8.11.2010.

<sup>68</sup> Bridges Across Borders Cambodia, 'Bittersweet – A Briefing Paper on Industrial Sugar Production, Trade and Human Rights in Cambodia', September 2010, S. 3.

<sup>69</sup> In einem Zeitungsbeitrag bestätigte der CEO von *Khon Kaen Sugar Industry*, dass das Unternehmen für seine Rohzuckerexporte die Quote der *Everything but Arms*-Initiative (EBA) der EU nutze. Siehe: 'Getting Cambodia milling again', *Phnom Penh Post*, 28.1.2010. Die EBA wurde 2001 in das Allgemeine Präferenzsystem der EU integriert. Siehe: <http://ec.europa.eu/trade/wider-agenda/development/generalised-system-of-preferences/everything-but-arms/>. Laut der EU-Richtlinie 732/2008 sollte für Least Developed Countries der EU-Zoll auf Zuckerimporte zum 1.10.2009 gänzlich entfallen. Siehe: Council Regulation (EC) No 732/2008 of 22 July 2008.

<sup>70</sup> Council Regulation (EC) No 732/2008 of 22 July 2008, Article 15.

<sup>71</sup> FIAN Deutschland/Profundo, 'German investment funds involved in land grabbing', Draft, 25.10.2010, Köln/Amsterdam.

<sup>72</sup> Olam International, 'Annual Report 2010 – Delivering our Strategy'.

<sup>73</sup> Olam/Wilmar, 'Wilmar and Olam to form a 50:50 joint venture, Nauvu Investments, to invest in integrated palm oil, natural rubber and sugar assets in Africa', Singapur, 15.11.2007.

<sup>74</sup> Olam International, 'Olam International forms joint venture with Republic of Gabon to develop large-scale palm plantations in Gabon with an initial investment of US\$236M', 13.11.2010. Olam International: 'Investment in Greenfield Oil Palm Plantations in Gabon', Präsentation, 13.11.2010.

<sup>75</sup> 'Police, Revenue Agencies Raid Olam Ghana Offices', *ThinkGhana*, 9.2.2007.

<sup>76</sup> 'Arroz nos últimos três meses: Milhares de toneladas entraram ilegalmente', *Macua de Moçambique*, 27.6.2009.

<sup>77</sup> Greenpeace, 'Carving up the Congo', Amsterdam, April 2007, S. 38f.

<sup>78</sup> 'Greenpeace dénonce la violation du Code forestier en RDC', *Le Potentiel*, 4.12.2007.

<sup>79</sup> Luís Nhachote, 'Florestas na Zambézia a saque – Frelimo implicada na barbárie', *Canal de Moçambique*, 29.6.2009.

<sup>80</sup> Greenpeace, 'Carving up the Congo', Amsterdam, April 2007, S. 38f.

<sup>81</sup> Eine *Deutsche Bank*-Abteilung von Hedge Fonds-Managern, das *Equity Special Situations*-Team, wurde 2004 umbenannt und auf die formal unabhängige Plattform *Altima Partners LLP* ausgelagert. Dennoch setzte sich eine enge Arbeitsteilung fort, bei der die *Deutsche Bank* wichtige Funktionen für *Altima Partners* übernimmt, etwa als Broker und als Verkäufer für die *Altima*-Fonds. Vgl.: Deutsche Bank, Private Wealth Management, 'Global Investment Management. Deutsche Bank (PWM) SICAV – Alternative Strategies EURO', Q2 Review, July 2004.

<sup>82</sup> IFC, 'IFC's Largest Equity Investment in Agribusiness to Increase Global Food Supply', Pressemitteilung, Washington, 12.2.2009

<sup>83</sup> IFC, 'Rising Food Prices: IFC's response', IFC News, 30.7.2008.

- <sup>84</sup> African Development Bank, 'AfDB Commits USD 40 Million in the African Agriculture Fund', Pressemitteilung, Tunis, 91.5.2010.
- <sup>85</sup> World Bank, 'Rising Global Interest in Farmland. Can It Yield Sustainable and Equitable Benefits?', 7 September 2010, S. 38ff.
- <sup>86</sup> Ebd., S. 37.
- <sup>87</sup> Ebd., S. 45.
- <sup>88</sup> Es hängt stark vom Kontext ab, wie groß ein Betrieb sein muss, damit Familien von ihm überleben können. Nach IFPRI-Schätzungen muss ein überlebensfähiger Hof mit ein bis zwei Vollzeitjobs auf bewässertem Land mindestens einen Hektar bewirtschaften und im Regenfeldbau, auf den die meisten KleinbäuerInnen angewiesen sind, mindesten drei Hektar. Siehe: Peter Hazell/Collin Poulton/Steve Wiggins/Andrew Dorward, 'The Future of Small Farms for Poverty Reduction and Growth'. International Food Policy Research Institute (IFPRI), Washington, Mai 2007.
- <sup>89</sup> FAO, IFAD, UNCTAD, World Bank, 'Principles for Responsible Agricultural Investment that Respects Rights, Livelihoods and Resources', Discussion Note, 25.1.2010.
- <sup>90</sup> La Via Campesina et al., 'Stop Land Grabbing Now', 22.4.2010, <http://farmlandgrab.org/12200>
- <sup>91</sup> The Global Campaign for Agrarian Reform, Land Research Action Network, 'Why We Oppose the Principles for Responsible Agricultural Investment', Oktober 2010.
- <sup>92</sup> Committee on World Food Security, Thirty-sixth Session, Final Report, Rom, 11.-14. und 16. Oktober 2010.
- <sup>93</sup> Sofía Monsalve, 'Forerunning new international decision-making on land-issues? – A report on the CFS land discussions, Rome, October 8-16, 2010.
- <sup>94</sup> FAO, 'Towards Voluntary Guidelines on Responsible Governance of Tenure of Land and other Natural Resources', Discussion Paper, Land Tenure Working Paper 5, Januar 2009, S. 18f.
- <sup>95</sup> IIED/FAO/IFAD, *Land grab or development opportunity? Agricultural investment and international land deals in Africa*, London/Rom 2009.
- <sup>96</sup> IFPRI, 'Land Grabbing' by Foreign Investors in Developing Countries: Risks and Opportunities', International Food Policy Research Institute, Policy Brief 13, April 2009.
- <sup>97</sup> Sawit Watch/Forest Peoples Programme, *Ghosts on our Own Land: Indonesian Oil Palm Smallholders and the Roundtable on Sustainable Palmoil*, Bogor/Moreton-in-Marsh 2006.
- <sup>98</sup> Uwe Hoering, *Agrar-Kolonialismus in Afrika. Eine andere Landwirtschaft ist möglich*, Hamburg 2007, S. 115ff.
- <sup>99</sup> World Bank, *World Development Report 2008: Agriculture for Development*. Washington 2007, S. 9.
- <sup>100</sup> Ausführlicher dazu: Thomas Fritz, *Peak Soil – Die globale Jagd nach Land*, 2. Auflage, Berlin 2010, S. 135ff.
- <sup>101</sup> Stockholm International Water Institute, 'Saving Water: From Field to Fork – Curbing Losses and Wastage in the Food Chain', SIWI Policy Brief, Stockholm 2008.



## Das Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V.

ist seit 1974 als Informations- und Kommunikationszentrum Anlaufstelle und Treffpunkt für Menschen und Gruppen, die sich über Lateinamerika informieren oder zu bestimmten Themen engagieren wollen. Diverse Projekte, politische Initiativen, Länderkomitees, MigrantInnengruppen und lateinamerikabezogene Medienprojekte arbeiten unter dem Dach des FDCL. Mit unserem Archiv leisten wir seit der Gründung des Vereins im Jahre 1974 einen kontinuierlich kritischen Beitrag zur Dokumentation der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen in Lateinamerika und dessen Beziehungen zu den Ländern des „Nordens“.

Das FDCL hat eine internationalistische Grundorientierung und versteht sich als Teil der bundesdeutschen Solidaritäts- und der weltweiten globalisierungskritischen Bewegung. Mit dem regionalen Fokus Lateinamerika/Karibik beschäftigen wir uns zum Beispiel mit den verschiedenen Aspekten der Globalisierung und den internationalen Rahmenbedingungen für Entwicklung im Kontext des so genannten Nord-Süd-Verhältnisses. Außerdem mit Handels- und Entwicklungspolitik, Ökologie, Migration und Rassismus sowie den Beziehungen zwischen fortschrittlichen Bewegungen und politischen AkteurInnen hier und in Lateinamerika. Das Eintreten für die politisch-bürgerlichen wie die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte ist seit jeher ein zentrales Anliegen der Arbeit des FDCL.

**Für weitere Informationen: [www.fdc1.org](http://www.fdc1.org)**



Dieses Projekt wird gefördert von der Europäischen Union und von der InWEnt GmbH aus Mitteln des BMZ.

## **Das große Bauernlegen**

Agrarinvestitionen und der Run auf's Land  
Thomas Fritz | FDCL (Berlin) | Dezember 2010

ISBN 978-3-923020-51-5

